

## Einleitung

Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von einer proletarischen Klassenpartei mit revolutionärem Anspruch zu einer breite Schichten des Bürgertums erfassenden reformorientierten Volkspartei soll mit dieser Sammlung von Programmen und programmatischen Verlautbarungen schwerpunktartig beleuchtet werden. Dabei ist zur Beurteilung der abgedruckten Dokumente auf die dreifache Funktion von Parteiprogrammen hinzuweisen: Einmal sind sie ein Reflex bereits vollzogener theoretischer Entwicklung, zum anderen geben sie ihrerseits wiederum Anstöße zu einer weiteren gedanklichen Durchdringung. In bestimmten politischen und sozialpsychologischen Situationen kann außerdem die Möglichkeit hinzutreten, mit Hilfe einer der tatsächlichen Parteipraxis nicht entsprechenden offiziellen Programmatik immer stärker auseinander strebende Parteiflügel zu integrieren und die organisatorische Einheit zu bewahren.

Der Begriff »Sozialdemokratie« ist seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mit durchaus entgegengesetzten Inhalten gefüllt worden. In den verschiedenen Phasen hat er sowohl revolutionäre als auch reformistische Bedeutung erhalten. Bereits 1848 hatten sich die Männer der ersten großen deutschen Arbeiterorganisation, der »Arbeiterverbrüderung«, »Sozial-Demokraten« genannt, um zu dokumentieren, dass auf der Grundlage der Demokratie soziale Verbesserungen erzielt werden sollten. Im März 1850 bestritt Marx u.a. auch diesen »republikanischen Kleinbürgern« das Recht, sich »sozialdemokratisch« zu nennen, und unterlegte diesem Begriff einen proletarisch-revolutionären Sinn, den dieser – in der Theorie – bis zum Ersten Weltkrieg behielt. J.B. von Schweitzer, nach Lassalles Tod der führende Kopf im 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV), nannte das von ihm redigierte ADAV-Organ »Der Sozial-Demokrat« und betrieb die Begründung einer »sozialdemokratischen Partei«. Zum ersten Mal tauchte das Adjektiv 1869 offiziell im Namen der Eisenacher Partei auf, wurde jedoch beim Gothaer »Vereinigungs-Congress der Sozialdemokraten Deutschlands« (so der Protokolltitel) 1875 durch das zu dieser Zeit inhaltlich identische Wort »sozialistisch« ersetzt, aber nach Auslaufen des Sozialistengesetzes 1890 endgültig wieder in den bis heute gültigen Parteinamen aufgenommen.

Diese Sammlung beschränkt sich bewusst nicht auf die Zeit seit der Gründung des ADAV durch Lassalle, sondern bezieht den von Marx und Engels geprägten geheimen »Bund der Kommunisten« sowie die »Arbeiterverbrüderung« Stephan Borns mit ein, da von ihnen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, personelle und sachliche Kontinuitätslinien von der 48er Revolution über die Zeit eines fast völligen organisatorischen Vakuums bis hin zum Jahre 1863 führen. Beide in diesem Jahr gegründeten konkurrierenden Arbeiterorganisationen, der ADAV wie auch, mit einer Phasenverschiebung, der Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine, knüpften an Programmpunkte der »Verbrüderung« an, und zwar an die genossenschaftlichen Pläne – der ADAV sogar mit Übernahme der Forderung nach Staatskrediten zu diesem Zweck –, an das Ziel der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, an das Streben nach dem »freien Volksstaat«. Dem Bund der Kommunisten wiederum, der sich bis zur Revolution als Propagandagesellschaft, nach deren Niederwerfung als Kaderorganisation verstand, gelang es bis zu seiner Auflösung im Jahre 1852, eine kleine Schar von klassenbewussten Arbeitern heranzuziehen, die 1863 auf lokaler und regionaler Ebene innerhalb des ADAV Führungspositionen übernehmen konnten, und zwar vor allem in der preußischen Rheinprovinz, wo der ADAV immerhin etwa die Hälfte seiner Mitglieder rekrutierte. Das Programm des Bundes der Kommunisten, das Kommunistische Manifest, hatte zunächst kaum irgendwelche direkte Wirkung, da es nur in sehr geringer Auflage zirkulierte. Sein berühmter Kampftruf »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« kam 1864 mit der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, der sog. I. Internationale, in aller Munde. Erst seit den Neuauflagen der 70er Jahre trat das »Manifest« in Deutschland seinen Siegeszug an und wurde zu einer der wichtigsten Schriften für die in theoretischen Fragen wenig geschulten einfachen Parteimitglieder, die – neben einigen Popularisierungen – vor allem hieraus ihre Kenntnis der Marxschen Lehre bezogen.

Im »Manifest« verkündeten Marx und Engels ihre These vom Klassencharakter aller bisherigen Geschichte und ihre aus den Entwicklungstendenzen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft abgeleitete Prognose von dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der Aufhebung aller Klassengegensätze durch das zum Bewusstsein seiner selbst gelangte Proletariat, das nach erfolgreicher Revolution eine »Assoziation« schaffen werde, in der »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« Diesen Prozess der Bewusstseinsbildung voranzutreiben war in erster Linie die Aufgabe des Bundes der Kommunisten, der

bis zur Revolution von 1848 »keine besondere Partei gegenüber den Arbeiterparteien« sein, sondern »stets das Interesse der Gesamtbewegung« vertreten wollte. Die Kommunisten hatten dem »Manifest« zufolge zwar »theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus«, bildeten jedoch zunächst keine revolutionäre Kaderpartei einer Minderheit. Wenn im »Manifest« von der kommunistischen »Partei« die Rede ist, so ist damit weniger eine spezielle politische Parteiorganisation im modernen Sinne gemeint, sondern eher eine weltanschauliche Bewegung. Daher schreibt das »Manifest« den Kommunisten nicht die Aufgabe zu, die Arbeiterschaft zu organisieren, vielmehr sollten sie durch ihre Propaganda an der geschichtlichen Selbsttätigkeit des Proletariats teilnehmen, ohne ihm bestimmte Rezepte vorzuschreiben. Entsprechend war die als kurze Übergangsstufe zur klassenlosen Gesellschaft vorgesehene (erst im März 1850 so genannte) Diktatur des Proletariats nicht als Minderheitsdiktatur gedacht, sondern als Diktatur »der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl«. Erst nach der Niederwerfung der Revolution vertrat Marx aus Enttäuschung über das Versagen des Bürger- und Kleinbürgertums sowie letztlich auch der Arbeiterschaft die später von Lenin aufgegriffene Konzeption einer hierarchischen, streng zentralisierten Kaderorganisation zur Durchsetzung der »Revolution in Permanenz«. Hierbei handelte es sich jedoch nur um eine kurze Episode, die mit dem Auflösungsprozess des Bundes 1851/52 abgeschlossen wurde.

Ziele die Hauptforderung des Kommunistischen Manifests auf die revolutionäre politische Aktion zum Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung, so lag das Schwergewicht der »Verbrüderung« in dem Bemühen, auf organisatorisch legaler und abgesicherter Basis ihre sozialen und politischen Forderungen in systemimmanenter Reformarbeit durchzusetzen. Engels hat Stephan Born später rückwirkend vorgeworfen, er habe in seiner Agitation Auffassungen des Kommunistischen Manifests mit Zunfterinnerungen und Anklängen an utopische Sozialisten verquickt. Dieses Urteil ist bis zu einem gewissen Grade berechtigt, ändert aber nichts an der Tatsache, dass Born an die Vorstellungen der Handwerksgehlen und qualifizierten Fabrikarbeiter, die sich vom Proletariat abgehoben sahen und sich mit »Herr« anredeten, anknüpfen musste, wenn er die Arbeiterschaft organisieren wollte. (Engels gab selbst im April 1848 zu, die 17 »Forderungen«, das Aktionsprogramm des Kommunistenbundes, seien zu radikal für die Agitation in seiner Heimat.) Wenn das Zentralkomitee der »Verbrüderung« auch in einem Rundschreiben Anfang Oktober 1848 er-

klärte, die Arbeiter müssten sich bemühen, »eine politische Macht im Staate zu werden«, so erstreckte sich die Verbandsarbeit und -publizistik doch bis Ende 1848 vorwiegend auf ökonomische und soziale Probleme und wandte sich erst mit Fortschreiten der Reaktion politischen Fragen zu, forderte schließlich vor und während der Reichsverfassungskampagne sogar offenen Kampf zur Abwehr der Konterrevolution. Betrachtet man die sozialen Forderungen der »Verbrüderung«, so finden sich hier neben manchem alten zünftlerischen Zopf viele Punkte, die in spätere sozialdemokratische Programme eingingen: u.a. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Beseitigung der indirekten Steuern, Einführung progressiver Einkommensteuer, Sorge für Arbeitsunfähige, volle Freizügigkeit, Verkürzung der Arbeitszeit, Koalitionsfreiheit, Produktivassoziationen mit Staatskredit. Alle diese Forderungen sollten mit Hilfe des allgemeinen und gleichen (allerdings, im Gegensatz zum Kommunistenbund, indirekten) Wahlrechts durchgesetzt werden. Vergleicht man die Programme des nur wenige hundert Mitglieder umfassenden Kommunistenbundes und der etwa 15.000 Mitglieder starken »Arbeiterverbrüderung«, so zeigt sich bereits in dieser frühen Phase der deutschen Arbeiterbewegung jener Dualismus von sozialer Revolution und sozialer Reform, von proletarischem Klassenbewusstsein und an bürgerlichen Wertvorstellungen orientiertem Standesbewusstsein, der in den späteren Auseinandersetzungen eine so wichtige Rolle gespielt hat.

In diesem Spannungsverhältnis standen auch die nach einigen Jahren von der Reaktion erzwungener Ruhepause 1863 gegründeten Arbeiterorganisationen, der ADAV Lassalles und der im Gegenzug dazu von den Liberalen initiierte und dominierte Vereinstag (später: Verband) Deutscher Arbeitervereine, auf den weiter unten noch eingegangen wird.

Im Gegensatz zur Bevormundung der Arbeiterschaft durch die Liberalen setzte Ferdinand Lassalle ganz auf die Emanzipationsbestrebungen innerhalb der Arbeiterschaft und legte mit der Gründung des ADAV den Grundstein jenes Prozesses der Loslösung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie, der 1869/70 mit der Konstituierungsphase der Eisener Partei seinen Abschluss fand. Lassalle, der zwar nicht Mitglied des Kommunistenbundes gewesen war, sich aber doch zu der »Partei« der von Marx 1848/49 herausgegebenen »Neuen Rheinischen Zeitung« und zu Marx' Vertrauten zählte, gelang es, die 1862 einsetzende, in der Tradition der »Arbeiterverbrüderung« stehende Arbeiterkongressbewegung umzufunktionieren und das Leipziger Zentralkomitee für die Bildung eines politischen Agitationsvereins zur Vertretung von Arbeiterinteressen zu gewinnen, der sich zur ersten modernen deutschen Arbeiterpartei entwickelte.

Der ADAV sollte der trotz des Verfassungskonflikts mit Bismarck faktisch anpassungsbereiten Fortschrittspartei als wirklich revolutionsbereite Partei entgegentreten, deren Hauptforderung die Ersetzung des reaktionären preußischen Drei-Klassen-Wahlrechts durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht war, mit dessen Hilfe die politische Macht in Preußen errungen und die Demokratisierung des Staates erreicht werden sollte. In Anpassung an die bestehenden Vereinsgesetze, aber auch als Ausdruck von Lassalles jakobinischem Demokratieverständnis war der ADAV streng zentralistisch aufgebaut, von oben nach unten, ohne Querverbindungen auf den einzelnen Ebenen, so dass innerparteiliche Konflikte und persönliche Rivalitäten nur schwer ausgetragen werden konnten. Gefährlich für die Entwicklung des demokratischen Selbstbewusstseins der Mitglieder war die starke Präsidialgewalt, die nach Lassalles eigenen Worten »so diktatorisch als möglich organisiert sein« müsse. Aus einer »Diktatur der Einsicht« wurde bei ihm eine Diktatur über den »Unverstand der Massen«, wie es im ADAV-Bundeslied heißt. Hier berührt sich Lassalles Theorie mit Elementen der späteren sog. »Volksdemokratien«. Während Marx den bestehenden Staat als Instrument der bürgerlichen Klassenherrschaft begriff, der von der klassenlosen Gesellschaft abgelöst werde, hatte Lassalle in Hegelschem Sinne eine positive Auffassung vom Wesen des Staates, der die »Erziehung des Menschengeschlechts zur Freiheit« wahrnehmen müsse. Diese Glorifizierung des Staates führte zu manchen Missverständnissen, zumal Lassalle sich nicht scheute, mit Bismarck in Verhandlungen zu treten und schließlich sogar die Konzeption eines »sozialen Königtums« zu vertreten, sich also zumindest auf ein sehr gefährliches Gleis zu begeben, um durch Kooperation mit dem reaktionären preußischen Staat sein Hauptziel, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, zu erreichen. Dieses sollte die Voraussetzungen bieten für den zweiten wichtigen Programmpunkt Lassalles, der wahrscheinlich nur aus taktischen Gründen vorgebracht wurde, um den in der Arbeiterschaft geschätzten Selbsthilfeasoziationen des Liberalen Schulze-Delitzsch entgegenzuwirken: die Gründung von Produktivassoziationen mit Staatskredit. Die Hoffnung, mit Hilfe dieser staatlich unterstützten fabrikmäßigen Großproduktion auf kooperativer Basis das »eherne Lohngesetz« zu durchbrechen und für sich den »vollen Arbeitsertrag« ohne Abzug des Unternehmergewinns erlangen zu können, die Lassalle einer ganzen Generation von Arbeitern einflößte, wurde erst seit den 1880er Jahren durch die Ausbreitung des Marxismus allmählich verdrängt. Weniger lang währte die Wirkung der Lassalleschen Ablehnung der Gewerkschaften, die ja bei einem »ehernen«, unwandelba-

ren Lohnniveau keine Existenzberechtigung hatten. J.B. v. Schweitzer nahm in dieser Frage eine flexiblere Haltung als Lassalle ein. Abgesehen vom allgemeinen Wahlrecht, das ab 1863 eine zentrale Forderung der deutschen Sozialdemokratie blieb, hatte die stärkste Nachwirkung die durch die Auseinandersetzung der Gründungsphase bedingte enorme Hochschätzung der Organisation, an der um jeden Preis festzuhalten sei. Nach Lassalles Tod verursachte diese seine testamentarische Forderung in Verbindung mit der besonderen Organisationsstruktur des Vereins ständige Wirren und Kämpfe seiner Nachfolger und war schließlich eine der Hauptursachen für die erst so spät erfolgende Einigung der deutschen Arbeiterbewegung. Aber auch der spätere »Organisationsfetischismus« der deutschen Sozialdemokratie hat hier letztlich seine Wurzeln.

Für Lassalle und die frühe deutsche Arbeiterbewegung insgesamt waren »Freiheit nach innen« als Demokratie und Sozialismus sowie »Freiheit nach außen« als Nationalismus eine dialektische Einheit. Das »Prinzip der freien, unabhängigen Nationalität« war bei Lassalle die Basis des Begriffs der Demokratie. Daher sollte die Arbeiterschaft mit der Demokratie zugleich die nationale Einigung erkämpfen und die Gestaltung des künftigen deutschen Einheitsstaates nicht der Bourgeoisie überlassen. Wenn Lassalle und mit ihm der ADAV auch grundsätzlich für »Großdeutschland moins les dynasties« waren, so bewirkten die Konzentration des Vereins in Preußen sowie seine grundsätzlich positive Staatsauffassung doch die praktische Hinneigung zur Lösung des preußisch-österreichischen Dualismus zugunsten Preußens. Vor allem der aus taktischen Gründen im Frühjahr 1866 gestellte Antrag Preußens beim Deutschen Bund, ein aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgehendes Reformparlament einzuberufen – ein Versuch zur Ausbootung Österreichs –, konnte den Lassalleanern wie die nachträgliche Vollstreckung des innenpolitischen Testaments Lassalles erscheinen. Ohne sich über Bismarcks Motive Illusionen zu machen, wollte Schweitzer auf keinen Fall diese wichtige Waffe zurückweisen, weshalb der ADAV während des preußisch-österreichischen Krieges eine intensive Wahlrechtskampagne vorbereitete. Da nach dem Krieg die alte Forderung der 1848er Revolution nach gleichzeitiger Erringung von Einheit und Freiheit sich als nicht realisierbar erwies, stellte sich der ADAV auf den Boden der durch den Krieg geschaffenen Tatsachen und akzeptierte die Existenz des Norddeutschen Bundes. In seinem im Dezember 1866 beschlossenen Erfurter Programm formulierte er nun das Postulat: »Durch Einheit zur Freiheit«, was zunächst gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die sofortige Verwirklichung der Freiheit war. Aber schon bald zeigten

sich im ADAV Ansätze zu einer nüchterneren und kritischeren Haltung, so dass auf der Braunschweiger Generalversammlung des Jahres 1867 auf Initiative Schweitzers wieder die programmatische Fixierung der Einheit bei den Forderungen gelang: Der ADAV »will das ganze Deutschland zu einem einheitlichen und freien Volksstaat verbunden wissen«. (Dennoch war die Praxis des ADAV von einer stark ausgeprägten Anerkennung des Status quo bestimmt.) Gleichzeitig erschien hier zum ersten Mal in einem deutschen Parteiprogramm der Hinweis auf »die Gemeinsamkeit der Arbeiterinteressen in allen Kulturländern«, ein Ergebnis des Wirkens der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation (IAA).

In dieser sog. I. Internationale waren die verschiedensten sozialistischen Strömungen vertreten, Anhänger Fouriers, Cabets, Proudhons, Bakunins, Marx', englische Gewerkschaftler, desgleichen Gefolgsleute Mazzinis und auch Freimaurer: Richtungen, die natürlich nur unter dem Banner eines ganz vage formulierten, vorwiegend mit moralischen Kategorien wie der Gerechtigkeit begründeten Sozialismus zusammengehalten werden konnten. Grundlage der Arbeit der IAA war die These, der Wegfall der Klassengegensätze im Innern eines Landes werde auch die nationalen Gegensätze beseitigen. Aber weder über die theoretische Begründung noch über die praktische Ausarbeitung eines Weges zu diesem Ziel konnte Einigkeit erlangt werden. Daher kam es zu gemeinsamen Aktionen vorwiegend als Reaktion auf soziale Konflikte, so dass die IAA als Ausgangspunkt der internationalen Gewerkschaftsbewegung anzusehen ist. Marx, der in der IAA eine führende Rolle spielte und deren Spitze, den Generalrat, faktisch leitete, zudem die meisten Resolutionen und Manifeste der IAA entwarf, zeigte zunächst die nötige Flexibilität, um so divergierende Fraktionen ohne ein dezidiertes Programm im Griff zu behalten. Auf die Dauer waren jedoch die auseinander strebenden nationalen Kräfte zu stark, um den Widerspruch von nationaler Loyalität und internationalem Bekenntnis lösen zu können, zumal die IAA nicht als dirigistische Organisation konzipiert war, die die nationalen Arbeiterparteien und -organisationen im Geiste des proletarischen Internationalismus politisch und ideologisch einheitlich hätte lenken können. Der Versuch von Marx nach Engels' Eintritt in den Generalrat, die lockere föderalistische Organisation stärker zu zentralisieren, ließ die latenten Spaltungstendenzen aufbrechen, die besonders in den Auseinandersetzungen der Marx-Engelsschen Fraktion mit den Bakunisten zum Ausdruck kamen und schließlich zum Ende der IAA führten.

Aus vereinsrechtlichen Gründen hatte die IAA in Deutschland keine korporativen, sondern nur persönliche Mitglieder. J.B. v. Schweitzer sprach ihr zwar seit 1866 seine Sympathien aus, konnte sich jedoch nicht zum Beitritt entschließen, während August Bebel und Wilhelm Liebknecht Mitglieder der IAA wurden. Diese Zugehörigkeit zur I. Internationale bedeutete aber nicht, dass sie weniger national eingestellt waren als Schweitzer und der ADAV, wenn sie auch in der nationalen Frage eine völlig andere Haltung einnahmen als die Lassalleaner. Sie waren aber nicht gewillt, eine durch den preußischen Polizeistaat geschaffene deutsche Zwangseinheit ohne Freiheit zu akzeptieren. Besonders für Liebknecht, der sich seit der Niederwerfung der Reichsverfassungskampagne vom Mai 1849 einen ausgesprochenen Preußenhass bewahrt hatte, war erst der Fall Preußens die Voraussetzung zum Sieg der deutschen Revolution. Zu diesem Zweck verbündeten sich Bebel und Liebknecht mit den in der Deutschen Volkspartei organisierten großdeutschen, antipreußischen und konsequent freiheitlichen Liberalen Süddeutschlands, an die sich die von ihnen geschaffene Sächsische Volkspartei (SVP) anlehnte. Um das Bündnis mit den Demokraten nicht zu gefährden, zum Teil aber auch aus Rücksicht auf die Mentalität der die Basis der SVP bildenden sächsischen Arbeiterbildungsvereine, gaben sie ihrer im August 1866 in Chemnitz gegründeten Partei ein demokratisches, kein sozialistisches Programm, sondern beschränkten sich auf sozialem Gebiet auf allgemeine Forderungen wie die nach Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse und Ausgleich des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Auch nach Errichtung des Norddeutschen Bundes weigerten sich Bebel und Liebknecht, die Ansätze der »Reichseini-gung von oben« anzuerkennen, und forderten die Annullierung alles seit 1866 Geschehenen. Wie schroff die Gegensätze zwischen dem ADAV und der Bebel-Liebknechtschen Richtung waren, zeigen plastisch zwei Äußerungen im September/Oktober 1867 im Norddeutschen Reichstag. Während Schweitzer lobend hervorhob, »dass der preußische Machtkern unser deutsches Vaterland [...] dem Auslande gegenüber endlich zur Geltung und Ehre gebracht hat«, verurteilte Liebknecht die »Blut- und Eisenpolitik, [...] der wir es verdanken, dass Deutschland jetzt so zerrissen und ohnmächtig nach außen ist.« Diese mangelnde Anpassung an die neue Lage wurde von Marx und Engels keineswegs gebilligt, die vor allem Liebknechts süddeutsche und österreichische Neigungen für völlig unrealistisch hielten und wie Schweitzer dem Fürstenpartikularismus gegenüber das nun geschaffene »Großpreußen« für einen Fortschritt hielten, das als erweiterte »Operationsbasis« für die Arbeiterbewegung zu nutzen sei. Da

sie alle Ereignisse und Prozesse nach ihrem Stellenwert für die Beschleunigung der sozialen Revolution beurteilten, waren sie der Auffassung, man müsse, wie Engels Ende Juli 1866 an Marx schrieb, »das Faktum einfach akzeptieren, ohne es zu billigen«, und die sich jetzt bietenden »größeren Facilitäten zur nationalen Organisation und Vereinigung des deutschen Proletariats benutzen, soweit wir können«. Marx und Engels konnten jedoch Bebels und Liebknechts Einstellung mit ihrer Argumentation nicht erschüttern. Erst der deutsch-französische Krieg von 1870/71 beseitigte die Differenzen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung über die nationale Frage.

Unmittelbar nach der Gründung des ADAV hatte sich am 7. Juni 1863 als konkurrierende Arbeiterorganisation der »Vereinstag der deutschen Arbeitervereine« gebildet, der von seinen bürgerlichen Protégés mit Bedacht föderalistisch aufgebaut wurde und zunächst ohne fest umrissenes Programm blieb, sondern nur allgemein bestrebt war, »durch einen lebendigen persönlichen Austausch von Ansichten und Erfahrungen unter den Arbeitern selbst das Verständnis ihrer wahren Interessen zu erweitern«. Gemäß den Interessen der Liberalen, die die Arbeiter zwar zur Durchsetzung ihrer nationalen Einheitsziele benötigten, aber gleichzeitig ihre Politisierung und Verselbständigung zu verhindern suchten, stand im Mittelpunkt der Arbeit in den Vereinen des Vereinstages der von bürgerlichen Honoratioren erteilte, politische Probleme vermeidende Unterricht in gewerblichen und technischen Fächern, um das Streben nach persönlichem sozialen Aufstieg aufgrund eigener Kraftanstrengung zu fördern und dem Aufkommen von Klassenkampfideen zu begegnen. Dem entsprach die Förderung der von Schulze-Delitzsch vertretenen Idee der Selbsthilfe der Handwerker durch Spar- und Kreditkassen und Beteiligung an Konsumgenossenschaften. Durch diese ideellen und finanziellen Hilfen sollten sich die Mitglieder der Arbeiter(bildungs)vereine allmählich zu wirtschaftlicher Selbständigkeit hocharbeiten können, die ihnen als Voraussetzung für politische Verantwortung vorgehalten wurde. Die anfänglich bestimmende Position der Liberalen wurde jedoch im Laufe der nächsten Jahre durch zunehmende Emanzipationstendenzen, die teils durch Übertritte aus dem ADAV, teils durch die Konkurrenzsituation gegenüber dieser damals einzigen deutschen Arbeiterpartei verstärkt wurden, stark erschüttert. Auch ein gut Teil lassalleanischen Gedankengutes (mit Ausnahme der zentralistischen Organisation) wurde von den Mitgliedern des Vereinstages übernommen. Wie sehr sich innerhalb dieses Verbandes die Kräfteverhältnisse änderten, zeigt die Wahl

August Bebel 1867 zum Präsidenten des Vereinstages. Mit Hilfe des die Verbandsgeschäfte besorgenden Leipziger Vereins konnte Bebel, der 1866 der IAA beigetreten war, schließlich erreichen, dass sich der Nürnberger Vereinstag 1868 den Bestrebungen der IAA anschloss und damit die Schlussphase der Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie einleitete, ein entscheidender Schritt zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) 1869 in Eisenach in Verbindung mit einer Oppositionsgruppe des ADAV.

Das Eisenacher Programm ist eine Kombination der Forderungen des Chemnitzer und des Nürnberger Programms (und damit der Statuten der IAA) mit einem wesentlichen Zusatz lassalleanischer Vorstellungen und Forderungen, die von ehemaligen ADAV-Mitgliedern eingebracht wurden (der »volle Arbeitsertrag«, »Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften«, aber »unter demokratischen Garantien«). Das Eisenacher Programm und mit ihm die Eisenacher Partei sind keineswegs als marxistisch zu bezeichnen. Dies belegt deutlich die Tatsache, dass die kurz nach Eisenach tagende Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei nur gegen einen Punkt des Programms Bedenken hatte, gegen die lassalleanischen Produktivassoziationen mit Staatskrediten, und alle anderen Forderungen als lediglich demokratisch und sozial akzeptierte. Liebknecht hatte lange versucht, »nicht vorzeitig mit der süddeutschen Volkspartei in Krakehl zu geraten« (Liebknecht an Bonhorst, Okt. 1869). Die in stärker proletarischer Tradition stehenden ehemaligen Lassalleaner drängten jedoch in Eisenach auf eine endgültige Trennung von den bürgerlichen Demokraten, ein Prozess, der erst mit dem Jahreskongress der SDAP 1870 seinen Abschluss fand. Im Gegensatz zum ADAV wurde die Eisenacher Partei demokratisch von unten nach oben aufgebaut. Die Spitze bildete ein fünfköpfiger Parteiausschuss, dem eine elfköpfige Kontrollkommission an die Seite gestellt wurde.

Was die Programmatik anbetraf, so bestanden Anfang der 1870er Jahre keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen den beiden deutschen Arbeiterparteien. Hemmend standen einer als Bedürfnis empfundenen Vereinigung mehrere Faktoren im Wege, die im Laufe der nächsten Jahre entfielen. Die unterschiedliche Haltung in der nationalen Frage – hier großdeutsch, dort kleindeutsch – verlor ihre Brisanz nach den Ereignissen des deutsch-französischen Krieges und der endgültigen »Reichseinigung von oben«, die auch von ihren Gegnern als unwiderruflich angesehen wurde. Mit dem Abtritt J.B. von Schweitzers von der politischen Bühne verlor der ADAV seine überragende Führerpersönlichkeit, und mit ihm entfiel auch

eine personelle Barriere für die Vereinigung. Schweitzers organisatorische Eigenmächtigkeiten diskreditierten zudem in gewissem Grade die so starren zentralistischen Organisationsprinzipien des ADAV. Auch den Reichstagsfraktionen der beiden Parteien stellte sich ständig das Problem der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit. Den eigentlichen Anstoß zur Vereinigung gaben jedoch die gemeinsamen Erfahrungen des verschärften Klassenkampfes im Gefolge der in den 1870er Jahren in Deutschland ausgebrochenen Wirtschaftskrise sowie der verstärkten polizeilichen Unterdrückung beider Parteien in dieser Periode.

Der Entwurf für das auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag 1875 beschlossene Parteiprogramm hatte vorher schärfste Kritik von Marx und Engels erfahren, die bei seiner Annahme sogar die neue Partei zu desavouieren drohten, ohne sich jedoch durchsetzen zu können. Marx' »Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei« wurden sogar von der Parteiführung geheim gehalten und erst, auf Engels' Drängen, 1891 im Zusammenhang mit den Vorberatungen zum Erfurter Programm veröffentlicht. Kurz zusammengefasst, setzten Marx und Engels an dem Programmentwurf aus, er bestehe einmal aus lassalleanischen Phrasen, sodann aus vulgärdemokratischen Forderungen, zum Dritten aus dem kommunistischen Manifest entlehnten, angeblich kommunistischen Sätzen, die in der vorliegenden Formulierung nichts als »Blödsinn« seien. Trotz ihres Widerspruchs wurde eine Reihe von lassalleanischen Parolen in das Gothaer Programm aufgenommen: die Formel von der »einen reaktionären Masse« aller anderen Klassen der Arbeiterklasse gegenüber (eine These, die angesichts der staatlichen Repressionen und der Diffamierung durch die anderen Parteien nur verständlich war, aber potentielle, auch taktische, Bündnisse mit anderen Parteien verhinderte); die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe als einziges soziales Postulat, allerdings, wie schon im Eisenacher Programm, »unter demokratischer Kontrolle«; das in Marx' »Kapital« längst widerlegte, auch von Lassalle vorwiegend aus agitatorischen Gründen aufgestellte »eherne Lohngesetz«; das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht als Erste der Grundlagen des Staates. Marx und Engels irrten sich, wenn sie den Programmentwurf ein Attentat auf das Bewusstsein der Arbeiter der Eisenacher Partei nannten, die nach Mitgliederstruktur und sozialer Zielsetzung offenbar nicht proletarischer war als der ADAV. Das Gothaer Programm entsprach durchaus ihrem Denken, das von einer Mischung aus alten demokratischen Formeln und hie und da übernommenen Marxschen und Lassalleschen Begriffen geprägt war, und zwar hinauf bis zu Parteiführern wie Liebknecht. Die von Marx gerade in

seinen »Randglossen« so meisterhaft demonstrierte Klarheit und Schärfe der Begrifflichkeit ging den Eisenachern ebenso wie den Lassalleanern ab. Beide Richtungen waren auch weniger an theoretischer Reinheit interessiert, als vielmehr an der lange erstrebten organisatorischen Einheit, die der aktuelle politische Kampf notwendig machte.

Was die Organisation der neuen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) betrifft, so hatten die Lassalleaner schon bei der ersten Einigungsverhandlung keine Bedingungen gestellt. Aufgrund der negativen Erfahrungen mit der lassalleanischen Präsidialdiktatur standen auch von dieser Seite her kaum Hindernisse einer Strukturierung der SAP gemäß demokratischen Prinzipien entgegen. Unter den Bedingungen des Vereinsgesetzes und ab 1878 des Sozialistengesetzes ergab sich ohnehin die Notwendigkeit einer elastischeren Anpassung, so dass zwar die äußere Organisation, nicht aber der innere Zusammenhalt verloren ging.

Das Sozialistengesetz stempelte die Sozialdemokraten zu Parias und stellte sie außerhalb des Staates, für den sie sich seit 1848 ebenso eingesetzt hatten wie das Bürgertum. An die Stelle der auf Lassalle zurückgehenden Hochschätzung des Staates trat nun als Ausfluss der Verbitterung und Empörung der Arbeiterschaft eine ausgeprägte Staatsfeindlichkeit. Die mehr oder minder völlige Isolierung auf allen Gebieten bewirkte eine Radikalisierung der Arbeiter, die diese erst empfänglich machte für die Lehren des Marxismus, der ihnen neben dem Kommunistischen Manifest vor allem in Engels' Anti-Dühring und Karl Kautskys Popularisierung des ersten Bandes von Marx' »Kapital« nahe gebracht wurde. Die Radikalisierung der Arbeiter war also keine Folge der Rezeption des Marxismus als der richtungweisenden Theorie der deutschen Sozialdemokratie, sondern es verhielt sich genau umgekehrt. Erleichtert wurde die Durchsetzung des Marxismus durch das geistige Vakuum, das das Verbot der Parteipresse und -literatur bewirkt hatte, sowie durch die Tatsache, dass es keine konkurrierende Theorie in der Partei mehr gab, mit der man der Situation hätte begegnen können. Den von Staat und Gesellschaft Ausgestoßenen wurde ihr Los erträglicher gemacht durch die Gewissheit des zwangsläufigen Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft und des naturnotwendigen Sieges des Sozialismus. Ihre Überzeugung wurde gefestigt, dass die Arbeiterschaft keine Bundesgenossen habe, dass vielmehr, wie es im Gothaer Programm heißt, die »Befreiung der Arbeiterklasse« »das Werk der Arbeiterklasse« sein müsse. Die Verweigerung der Gleichberechtigung nach außen wurde von nun an kompensiert durch eine Fülle von Vereinen und Organisationen politischer, kultureller und sportlicher Art, die die

Arbeiter von der Wiege (Arbeiterkindergarten) bis zur Bahre (Feuerbestattungsverein) begleiteten und ihnen eine Atmosphäre der Geborgenheit boten und das fehlende Selbstgefühl innerhalb der eigenen Reihen vermittelten. Die Folge davon war ein »Organisationspatriotismus«, der im Wesentlichen ein Ausgleich für gesellschaftliche und politische Machtlosigkeit war und später, unter Berufung auf eine potentielle Gefährdung der Organisation, jede effektive politische Aktion zur Machterweiterung der Partei verhinderte.

Gleichzeitig mit der Radikalisierung der Arbeiter erfolgte eine immer stärkere Betonung der Legalität. Zwar wurde auf dem Wydener Parteikongress 1880 der Satz des Gothaer Programms, die SAP erstrebe »mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft«, durch die Streichung des Wortes »gesetzlich« stark modifiziert, aber nur um zu zeigen, dass die Partei auch in der Illegalität weiterarbeiten wolle. Für die Praxis der Partei galt nach wie vor der Satz des ersten illegalen Flugblatts aus dem Jahre 1878: »An unserer Gesetzlichkeit müssen unsere Feinde zugrunde gehen.« Die Führung der Partei ging auf die Reichstagsfraktion über, die als einziges »Organ« der Partei nicht verboten worden war. Innerhalb der Fraktion verstärkte sich der ohnehin vorhandene Trend zur Intensivierung der parlamentarischen Arbeit, zumal nach anfänglichen Misserfolgen die sozialdemokratischen Wählerstimmen sprunghaft anstiegen (1878: 437.000, 1881: 311.000, 1884: 550.000, 1887: 763.000, 1890: 1.427.000). Der parlamentarische Weg erschien so mehr und mehr als der richtige und am ehesten erfolgversprechende Weg zur Machtgewinnung, und selbst Engels glaubte 1884, dass aufgrund der Wahlergebnisse der Partei »der Zeitpunkt ihres schließlichen Sieges sich schon jetzt mathematisch berechnen lässt«.

Nach Auslaufen des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 erhielt die Partei auf dem Parteitag in Halle ein den veränderten Bedingungen angepasstes neues Organisationsstatut und nahm den Namen »Sozialdemokratische Partei Deutschlands« an. Dem gewandelten Selbstverständnis entsprechend beschloss die SPD auf dem Erfurter Parteitag 1891 ein neues Programm, das bis 1921 in Kraft blieb. Hatten Marx und Engels die Annahme des Gothaer Programms nicht verhindern können, so konnte Engels nun befriedigt feststellen, dass ihre damalige Kritik in Erfurt »komplett durchgeschlagen hat«. Der in Abstimmung mit Engels verfasste erste, allgemeine Teil des Erfurter Programms, der zum ersten Mal eine kausale Verknüpfung von Analyse und Prognose der Gesellschaftsentwicklung mit der sozialistischen Zielsetzung und mit den Mitteln der Naturgesetzlichkeit bot,

stammte von Karl Kautsky, der nach Engels wie kaum ein anderer die Herausbildung des Marxismus als universaler Weltanschauung auf materialistischer Grundlage beeinflusst hat, und war im Grunde eine Paraphrasierung des 7. Abschnitts aus dem 24. Kapitel des Marxschen »Kapital«. Die im Marxschen Hauptwerk festgestellten Bewegungsprinzipien des Kapitalismus wurden von Kautsky jedoch unter dem Einfluss Engels', aber auch des Darwinismus zu allgemein gültigen Quasi-Naturgesetzen («Naturnotwendigkeit»), so dass der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft, mit dem der Revolutionsbegriff seit den 80er Jahren zunehmend identifiziert wurde, immer stärker als ein Ereignis erschien, das ohne eine direkte revolutionäre Aktion des Proletariats eintreten werde, für das das Proletariat jedoch gerüstet sein müsse. In dieser Richtung hatte sich Kautsky schon 1881 geäußert: »Unsere Aufgabe ist es nicht, die Revolution zu organisieren, sondern uns für die Revolution zu organisieren; nicht die Revolution zu machen, sondern sie zu benutzen.« Folge dieser Abkehr von der Marxschen revolutionären Dialektik, in der der abstrakte Gegensatz von Revolution und Evolution überwunden worden war, waren einmal ein Verlust von Marx' Aktivismus und ein zunehmender Fatalismus. (Engels' Auffassung, in Deutschland könnten »wir die Hände in den Schoß legen [...] und unsere Feinde für uns arbeiten lassen«, wurde hier übernommen, ohne zu berücksichtigen, dass Engels an dem Wachsen der Wählerzahlen gleichsam den Zeitpunkt ablesen zu können glaubte, zu dem auch die »Kernregimenter« der preußischen Armee zur Sozialdemokratie überliefen, dass er letztlich also eine revolutionäre Perspektive besaß.) Zum anderen bedingte diese Abkehr eine Verstärkung der ohnehin aufgrund der bereits genannten sozialpsychologischen Momente virulenten Tendenz zum Organisationsfetischismus.

Dem ersten, grundsätzlichen Teil des Erfurter Programms folgte ein von Eduard Bernstein verfasster praktischer Teil, in dem die nächsten Forderungen der SPD formuliert waren. Nicht zu übersehen ist der Dualismus zwischen der Ablehnung des bestehenden Staates, die dem 1. Teil zugrunde liegt, und seiner Anerkennung, ohne die die im 2. Teil aufgestellten Forderungen sinnlos waren. Dieser Dualismus weist auf die späteren Auseinandersetzungen über das Problem von geschichtsphilosophischem Determinismus und ethischem Voluntarismus hin. Begründet war er in dem mangelnden Verständnis der deutschen Sozialdemokratie für die dialektische Einheit von Theorie und Praxis bei Marx und der verstärkten Betonung des evolutionären Moments.

Trotz ihres revolutionären Pathos blieb die SPD bis 1914 eine Partei mit reformistischer Praxis, ja ihr ideologischer Radikalismus diente als permanente Verhüllung ihres nichtrevolutionären Charakters, wenn er auch erst seit der Propagierung des »Zentrismus« durch Kautsky die direkte Funktion einer Integrationsideologie erhielt. Der Grund für dieses Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis war das Dilemma, dass die Arbeiter im Wilhelminischen Reich zwar einerseits seit den 80er Jahren ökonomisch zunehmend besser gestellt waren (rasches Ansteigen der Reallöhne, Sozialgesetzgebung) und sich begrenzte Tendenzen zur rechtlichen und auch faktischen Verbesserung ihrer Lage zeigten, dass ihnen andererseits jedoch grundsätzlich die gleichberechtigte Einbeziehung in Staat und Gesellschaft verweigert wurde und sie auch weiterhin ökonomischer Ausbeutung sowie politischer und gesellschaftlicher Unterdrückung ausgesetzt waren. In diesem gegenläufigen Prozess von Isolierung und Integration ließen die integrierenden Momente die von den repressiven Elementen geweckten Aggressionen der Arbeiter nur so weit anschwellen, dass sie noch durch (einen Umsturz abwartende) Revolutionshoffnung und Verbalradikalismus abreagiert werden konnten und nicht jene Reizschwelle erreichten, jenseits derer die revolutionäre Aktion begann, die ohnehin die in jenem Gefühl der Ohnmacht einzig feste Bastion, die Organisation, hätte gefährden können.

Kristallisationspunkte legaler und reformistischer Praxis waren die Reichstags- und Landtagsfraktionen sowie die Gewerkschaften, die in immer größerer Zahl in den Parlamentsfraktionen vertreten waren. (1893 waren 11,6% der Reichstagsfraktion Gewerkschaftler, 1912 32,7%.) Während die Partei zumindest tendenziell auf die Umgestaltung der Gesellschaft gerichtet war, standen die Gewerkschaften fest auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse, mussten sie in ihrer täglichen Arbeit doch ständig auf dieser Basis operieren. In jahrelanger mühevoller Arbeit hatten sie ihre Organisationen aufgebaut und sich mit ihren Kassen ein starkes Unterstützungspotenzial geschaffen, das sie unter keinen Umständen durch irgendwelche politische Aktionen und die entsprechenden behördlichen Unterdrückungsmaßnahmen gefährden lassen wollten, da von ihrer organisatorischen Stärke der Erfolg ihrer Arbeit abhing. Mit zunehmendem Einfluss der Gewerkschaften ließ auch die Bereitschaft ihrer Führer nach, sich weiterhin der Partei unterzuordnen. 1906 setzten sie schließlich auf dem Parteitag eine Resolution durch, in der anerkannt wurde, dass die Gewerkschaften »an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurückstehen«. Die Parteiführung wurde verpflichtet, sich bei allen den ge-

werkschaftlichen Bereich tangierenden Fragen mit den Gewerkschaften rechtzeitig zu verständigen.

Aber auch Nichtgewerkschaftler besonders in den süddeutschen Landtagsfraktionen lehnten die revolutionäre Attitüde ab und suchten statt einer Politik des Alles oder Nichts eine Politik der kleinen Reformschritte zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft zu verfolgen, ohne dabei sogar vor Bündnissen mit fortschrittlichen bürgerlichen Parteien zurückzuschrecken. Anstelle quietistischen Abwartens auf den irgendwann einmal erfolgenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft setzten sie sich über die theoretischen Prognosen und Postulate hinweg und gingen den Möglichkeiten konkreten politischen Handelns unter den freilich stark begrenzten Bedingungen des Kaiserreiches nach.

Nicht zu verwechseln mit diesen mehr oder minder untheoretischen bzw. theorielosen Reformisten wie dem bayerischen SPD-Führer Georg von Vollmar und den jede theoretische Auseinandersetzung um der Parteinheit willen bewusst ablehnenden Praktizisten wie dem Parteisekretär Ignaz Auer sind jene Männer um Eduard Bernstein, die seit Ende der 90er Jahre eine Revision des Theoriegebäudes des kautskyanisch geprägten Marxismus in Angriff nahmen. Obwohl die Revisionisten keine ideologisch einheitliche Gruppe waren, soll hier doch nur exemplarisch die Person Bernsteins hervorgehoben werden. Bernsteins Revisionismus ist vor allem zu verstehen als Reaktion auf die in der SPD verbreiteten vulgärmarxistischen Dogmen sowie das Auseinanderklaffen von radikalrevolutionärer Phraseologie und sozialreformerischer Praxis der Partei, die er als »demokratisch-sozialistische Reformpartei« ansah. Diese Kluft von Theorie und Praxis wollte er durch Angleichung der Theorie an die Praxis überbrücken, während die Linken um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht genau die entgegengesetzte Zielsetzung verfolgten. Aufgrund der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft glaubte Bernstein wichtige Dogmen der Parteiideologie revidieren zu müssen, die er fälschlich in dieser Verkrustung Marx zuschrieb, bei dem sie jedoch nur Entwicklungstendenzen gewesen waren, während Engels und Kautsky sie zu Quasi-Naturgesetzen gemacht hatten: die »Naturnotwendigkeit« der zunehmenden Konzentration des Kapitals, der Verschärfung der Klassengegensätze, der fortschreitenden Verelendung des Proletariats und des baldigen Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft. Überzeugt von den Anpassungsmöglichkeiten der kapitalistischen Gesellschaft an die ökonomische Entwicklung, wandte sich Bernstein gegen einen angeblich in der SPD vorherrschenden Revolutionarismus, wobei er nicht sah, dass das Wort Revolution in der

Partei längst nicht mehr im Sinne einer direkten Aktion, sondern in dem einer radikalen Evolution gebraucht wurde, und forderte die SPD auch zur theoretischen Revision ihrer offiziellen Ideologie auf. Ignaz Auer, der die starke Integrationskraft der radikalen Theorie angesichts der politisch-sozialpsychologischen Verhältnisse erkannte, warf Bernstein vor: »Mein lieber Ede, das, was du verlangst, so etwas beschließt man nicht, so etwas sagt man nicht, so etwas tut man. Unsere ganze Tätigkeit – sogar auch unter dem Schandgesetz [Sozialistengesetz] – war die Tätigkeit einer sozialdemokratischen Reformpartei. Eine Partei, die mit Massen rechnet, kann auch gar nichts anderes sein. Redensarten, nichts als Redensarten ist der ganze Radikalismus, wie er in den verschiedensten Blättern verzapft wird [...] Die Masse folgt dem in Tatsächlichkeit vorgehenden Wandel ohne Widerrede, weil sie dem konkreten Fall gegenüber die Vernünftigkeit der Wandlung einsieht. Sie aber theoretisch von der Notwendigkeit solcher Wandlungen zu überzeugen, ist fast immer unmöglich [...].«

Hatte Bernstein ursprünglich systemimmanent auf dem Boden der Marxschen Theorie bzw. des Marxismus argumentiert, so ging er spätestens 1901 durch die Aufgabe der These vom wissenschaftlichen Sozialismus darüber hinaus. Wissenschaft, so sagte er in Anknüpfung an den Neukantianismus, ist wertfrei, tendenzfrei und kann keine Ziele setzen. Der Sozialismus hingegen wird vom Interesse geleitet, ist also eine unendliche Bewegung, die nicht wissenschaftlich, sondern ethisch begründet ist. Diese in etwa in Richtung auf den Demokratischen Sozialismus des Godesberger Programms weisende Argumentation entsprach zwar in gewissem Maße einer traditionellen Grundeinstellung der Parteimitgliedschaft, bei der der ethische Impuls des Kampfes gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung stets ein Hauptmoment ihres Sozialismus gewesen war, kam jedoch in Konflikt mit dem infolge der politischen und sozialen Ohnmacht der Partei vorherrschenden Glauben an die Wissenschaftlichkeit ihrer eschatologischen Erwartungen. So bestand eine fatale Wechselwirkung zwischen der programmatischen Starrheit der SPD und der politischen Intransigenz der herrschenden Schichten, die die Parteimitglieder zusehends erbitterte und den Orthodoxen und Radikalen ständig neue Argumente lieferte. Bernstein überschätzte bei der Propagierung seiner demokratisch-sozialistischen Theorie die Erfolgchancen einer in seinem Sinne umgewandelten SPD zur Durchsetzung eines grundlegenden gesellschaftlichen und politischen Strukturwandels unter den Bedingungen des Scheinkonstitutionalismus im Kaiserreich und erkannte nicht klar genug, dass die Partei ohne vorhergehende Verfassungskämpfe keine Chance für eine

wirkliche Teilnahme an der politischen Macht oder gar deren Erringung hatte.

Sowohl das Parteizentrum um Bebel und Kautsky als auch die sich in dieser Zeit herausbildende Linke um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wandten sich auf mehreren Parteitag und in der Publizistik gegen Bernsteins Versuche einer theoretischen Revision des Erfurter Programms. Höhepunkt dieser Auseinandersetzung war der Parteitag in Dresden 1903, auf dem die revisionistischen Bestrebungen formell verurteilt wurden. Die Resolution war jedoch so zweideutig formuliert, dass ihr neben Vollmar und den Reformisten selbst einige Revisionisten zustimmten, da sie sich und ihre Politik durch den Wortlaut nicht getroffen fühlten. Zudem war zwar die Gefahr einer Änderung des Erfurter Programms gebannt, die Revisionisten wurden jedoch an einer Verbreitung ihrer Ideen nicht gehindert. Dieses Vorgehen gegen den Revisionismus änderte im Grunde nichts an dem zunehmenden Einfluss des Revisionismus, erst recht nichts an der im großen Ganzen reformistischen Praxis der Partei. Denn einflussreicher als die revisionistischen Akademiker waren die reformistischen Praktiker, die die tägliche Arbeit in Partei und Gewerkschaften sowie den übrigen parteinahen Organisationen leisteten, zumal sie ständig direkten Umgang mit der Arbeiterschaft hatten. Unter Beibehaltung revolutionärer Phraseologie setzten sie sich in der Praxis kontinuierlich für Reformen ein.

Ebenso wie die Revisionisten suchten auch die Vertreter der radikalen Linken nach einem theoretischen Ausweg aus dem Dilemma, dass die offizielle Parteiideologie zum Fatalismus führte und die politische Aktion verhinderte. Ihre Suche nach dem verloren gegangenen dynamischen Aktivismus von Marx ging jedoch in entgegengesetzte Richtung. In Auseinandersetzung mit den Thesen Bernsteins hatte Rosa Luxemburg 1899 in ihrer Schrift »Sozialreform oder Revolution?« als einzigen Weg zur Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaft den »Hammerschlag der Revolution« hervorgehoben, die sie sich als »eine Folge des zähen und unablässigen revolutionären Kampfes einer großen klassenbewussten Volksmasse« vorstellte. Das Proletariat könne die Ergreifung der Staatsgewalt »nicht künstlich herbeiführen«; diese setze vielmehr »einen bestimmten Reifegrad der ökonomisch-politischen Verhältnisse voraus«. Das Proletariat könne »erst im Laufe jener politischen Krise, die seine Machtergreifung begleiten wird, erst im Feuer langer hartnäckiger Kämpfe den erforderlichen Grad der politischen Reife erreichen«, »der es zur endgültigen großen Umwälzung befähigen wird.« Während sie 1899 noch durchaus praktische Reformar-

beit als Instrument zur revolutionären Schulung des Proletariats akzeptierte, verlagerte sie mit der radikalen Linken aus Furcht vor einer Beschränkung des Reichstagswahlrechts sowie unter dem Eindruck der russischen Revolution von 1905 und der wachsenden Identifizierung der SPD mit dem bestehenden Staat das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Propagierung des politischen Massenstreiks und des Aufstandes.

Die Gewerkschaften waren durch die Debatten um diese Frage in zweifacher Hinsicht betroffen. Einmal befürchteten sie eine Gefährdung ihrer Massenorganisationen durch den politischen Massenstreik, zum andern war ihre selbstbewusst gewordene Führung mit Erfolg bemüht, ihre Selbständigkeit und Gleichberechtigung mit der Partei durchzusetzen. Trotz eines negativen Votums des Kölner Gewerkschaftskongresses setzten die Linken kurz darauf durch, dass der Jenaer Parteitag von 1905 »die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung« als eines der wirksamsten defensiven Kampfmittel zur Verteidigung des Reichstagswahlrechts und des Koalitionsrechts anerkannte. Gedroht wurde mit der Anwendung dieser Waffe jedoch nicht. Dass es sich hier in erster Linie um einen »Formulierungserfolg« der Linken handelte, zeigte sich an der Reaktion der Generalkommission der Gewerkschaften, die diese Resolution dem Sinn nach gar nicht so weit von dem Kölner Gewerkschaftsbeschluss ansiedelte. Dies stellte auch der nächste Parteitag (Mannheim 1906) auf Druck der Gewerkschaften tatsächlich fest. Der Parteivorstand wurde verpflichtet, sich vor einer eventuellen Ausrufung des politischen Massenstreiks mit der Gewerkschaftsführung zu verständigen. Zudem wurden die materiellen Gegenwartsinteressen mit dem Ideal des Sturzes des Kapitalismus gleichgestellt, eine Bestätigung der innerhalb der Partei bereits vollzogenen Entwicklung. Auch auf den Kongressen der II. Internationale versuchten die Linken einen Beschluss nicht nur über die defensive, sondern auch offensive Anwendung des politischen Massenstreiks bzw. Generalstreiks, vor allem zur Verhinderung von Kriegen, durchzusetzen, waren jedoch auf den Kongressen in Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912), die sich scharf gegen den Militarismus der europäischen Großmächte wandten, insbesondere aufgrund des Widerstands der SPD-Führung wenig erfolgreich. Ebenso erging es ihnen auf dem letzten Vorkriegsparteitag der SPD 1913 in Jena, wo der »Massenstreik als unfehlbares und jederzeit anwendbares Mittel zur Beseitigung sozialer Schäden« verworfen wurde und statt dessen den Parteigenossen der »Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen« zur Pflicht gemacht wurde. Der Versuch, mit Hilfe der

Idee des politischen Massenstreiks revolutionäre Dynamik in die Partei zu tragen, war also gescheitert, musste auch scheitern, weil die Grundvoraussetzung dazu fehlte: Entgegen der Ansicht der Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren die Arbeitermassen trotz ihrer zeitweiligen spontanen Bereitschaft zu Massendemonstrationen keineswegs revolutionär eingestellt. Bereits 1903 hatte der österreichische Sozialistenführer Victor Adler an Bebel geschrieben: »In der Arbeiterschaft selber stecken Tendenzen und entwickeln sich mehr und mehr, neben dem bleibenden revolutionären Instinkt das Gewonnene ruhig zu genießen, einmal leben zu können wie die anderen.« Am Vorabend des ersten Weltkrieges hatten die Arbeiter, und zwar nicht nur die sog. »Arbeiteraristokratie« und das Kleinbürgertum, mehr zu verlieren als ihre Ketten. Ihre politischen und sozialen Errungenschaften erschienen ihnen durchaus als verteidigungswert und hatten sie fortschreitend dem Bazillus des Nationalismus ausgesetzt.

\*

Im Laufe der Weltkriegsjahre 1914-1918 verlor die Integrationsideologie des Parteizentrums zunehmend an praktisch-politischer Bedeutung. Die Haltung der sozialdemokratischen Spitze zur reichsamtlichen Kriegspolitik und den diese Politik forcierenden Kräften des kaiserlichen Deutschland, die Verschärfung der innenpolitischen Situation auf Kosten der breiten Arbeitermassen und äußere Wirkfaktoren wie vor allem die russische Revolution des Jahres 1917 führten zur organisatorischen Zersplitterung und zur Neuformation der Kräfte innerhalb des sozialistischen Lagers. Damals und noch lange danach galt der 4. August 1914 als Symbol- und Zäsurdatum. Eine derartige Einschätzung traf freilich mitnichten den Kern der Problematik. Die mit der Kriegskreditbewilligung demonstrierte Bereitschaft zur nationalen Verteidigung lag auf der Linie marxistisch-sozialistischer Tradition. Ebenso wenig dürfte zu bestreiten sein, dass sich die Reichstagsfraktion mit ihrer Entscheidung, die von der ehrlichen Überzeugung, es handele sich um einen Verteidigungskrieg, getragen wurde, im Konsens mit der großen Mehrheit der Arbeiterschaft befand. Wesentlich gravierender war die mit dem Landesverteidigungsvotum nicht notwendigerweise gekoppelte Burgfriedenspolitik, der sich die Sozialdemokratische Partei – und die Gewerkschaften, die den Burgfrieden schon am 2. August 1914 akzeptiert hatten – länger und fester als jede andere Gruppierung verpflichtet fühlte. Die SPD knüpfte an diese Taktik die Er-

wartung, dass gewichtige innenpolitische Reformwünsche, besonders die Ablösung des preußischen Dreiklassenwahlrechts, verwirklicht würden.

Die Kooperation mit dem bestehenden bürgerlich-konservativen Staat, in deren Verlauf die Sozialdemokraten die reformerische Umgestaltung zu einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung intendierten, hatte zur Folge, dass die Partei, der verbalen Aufrechterhaltung scheinradikaler Thesen und marxistischer Programmatik zum Trotz, immer stärker in diesen Staat hineinwuchs. Die Resonanz, welche die im April 1917 gegründete Unabhängige Sozialdemokratische Partei an der proletarischen Basis fand, und die in den letzten Kriegsjahren ausbrechenden großen Streiks machten die Gefahr offenkundig, dass sich die SPD von den Massen isolierte. Das politische Reformziel der Mehrheitssozialdemokratie, insbesondere des Parteivorsitzenden Friedrich Ebert, schien mit dem Parlamentarisierungsfortschritt im Oktober 1918 und dem Eintritt in die Regierung des Prinzen Max von Baden fast erreicht zu sein. Als im Monat darauf die alte Ordnung zerbrach, erwies sich, dass die MSPD-Spitze auf einen Umsturz praktisch nicht vorbereitet und außerstande war, der revolutionären Bewegung offensive politische Ziele zu setzen und mit konkreten sozialistischen Konzepten voranzugehen. Die mehrheitssozialdemokratischen Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten, dem bis Ende 1918 auch Vertreter der USPD angehörten, übten im Wesentlichen, gestützt auf die überkommenen Ordnungsmächte des monarchischen Systems, Rettungsfunktionen aus. Sie werteten als vorrangige Aufgaben die Wahrung der Reichseinheit und die Erhaltung der staatlichen Verwaltungs- und Exekutivautorität, die Verhinderung eines allgemeinen Chaos, zumal auf wirtschaftlichem Gebiet. Hinzu kam das Bemühen, so schnell wie möglich die Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung durchzusetzen. Dabei ging die Führung der Mehrheitssozialdemokratie von Alternativvorstellungen aus, die großenteils den Gegebenheiten nicht entsprachen. Entweder parlamentarische Demokratie, die mit der Wahl der Nationalversammlung einzuleiten sei, oder am bolschewistischen Beispiel orientierte Rätediktatur – mit einer solchen Gegenüberstellung verkannten die SPD-Verantwortlichen den Charakter der meisten im November/Dezember 1918 bestehenden Räteorganisationen und die möglicherweise doch vorhandene demokratische Chance, die eine Integration der Räte in den politischen Aufbau- und Willensbildungsprozess bei prinzipieller Wahrung der Parlamentarismuskonzeption hätte bieten können. Dass die zuletzt genannte Alternative nicht zum Tragen kam, war allerdings nicht nur der Haltung der SPD zuzuschreiben, sondern auch mangelndem Führungs- und Durchsetzungs-

willen auf Seiten des rechten USP-Flügels. Aus heutiger Sicht ist dem starken Beharren der SPD auf der parlamentarischen Demokratie zu attestieren, dass diese Politik ihrer Zeit weit voraus war.

Nach dem Scheitern der demokratisch-sozialistischen Revolutionspolitik, wie sie die rechte USPD im November/Dezember 1918 vertreten hatte und der wahrscheinlich auch breite Kreise der mehrheitssozialdemokratischen Mitgliedschaft gefolgt wären, ergab sich 1919 eine weitere Polarisierung. Die Unabhängigen, deren Mitgliederzahl im Frühjahr und Sommer beträchtlich anstieg und deren rechter Flügel in dieser Zeit fast zur Bedeutungslosigkeit herabsank, fixierten das Räteprinzip in mehreren programmatischen Verlautbarungen. Während die »Programmatische Kundgebung« des außerordentlichen Berliner Parteitages vom März 1919, die im Hinblick auf das Mittel-Zweck-Verhältnis und die Trennung zwischen grundsätzlichen und taktischen Fragen nicht die von vielen gewünschte Klarheit brachte, noch »die Einordnung des Räteystems in die Verfassung« forderte, traten im neun Monate später verabschiedeten Leipziger Aktionsprogramm die Räte eindeutig an die Stelle der bürgerlich-demokratischen Institutionen. Politische Arbeiterräte und revolutionärer Rätekongress sollten die politischen Entscheidungs- und Herrschaftsinstrumente des Kapitalismus, wirtschaftliche Räte die kapitalistische Wirtschafts-anarchie ablösen. Der Parteivorsitzende Artur Crispien betonte in Leipzig, die Arbeiterräte könnten sich zwecks Erfüllung ihrer revolutionären Funktion »nur als freie unabhängige Organisationen entwickeln, die so viel revolutionäres Recht aus eigener Kraft besitzen werden, wie sie Macht haben«. Das Abrücken von einer konstitutionellen Einordnung des Räte-systems wurde mit der seit März veränderten innenpolitischen Situation begründet. Auf die erneute Etablierung der bürgerlich-konservativen Kräfte und die in der Arbeiterschaft um sich greifende Resignation war nach Ansicht der USPD nunmehr ein unmissverständlich revolutionäres Programm, das über die proletarische Diktatur die sozialistische Räte-demokratie erstrebte, die einzig adäquate Antwort.

Der in der USPD parteipolitisch formierte revolutionäre Sozialismus, in den Reichstagswahlen vom Juni 1920 mit mehr als 5 Millionen Stimmen und 83 Mandaten eindrucksvoll bestätigt, wurde nur vier Monate später, auf dem Parteitag in Halle, als Massenbewegung erledigt. Der USP-interne Streit über das Problem des Beitritts zur III. Internationale endete, nachdem das Rededuell Sinowjew-Hilferding in Halle nochmals einen dramatischen Höhepunkt gebracht hatte, mit der Spaltung. Die Mehrheit entschloss sich für die KPD, die damit in kürzester Zeit zur Massenpartei auf-

stieg. Für die verbleibende Minderheit wurde die Frage der Wiedervereinigung mit den Mehrheitssozialdemokraten akut.

Zu einem Zeitpunkt, als die Einigung »schon in der Luft lag« (Friedrich Stampfer) und eine linke, marxistische Reprofilierung der Gesamtpartei zu erwarten war, entschied sich die SPD gleichwohl für ein neues Programm, das dem Erfurter zwar in der Form – allgemeine Grundsatzerklärung und daran anschließender Forderungskatalog – ähnelte, inhaltlich aber erheblich von seinem Vorgänger abwich. Im Görlitzer Programm vom September 1921 präsentierte sich die Sozialdemokratie als Volkspartei, in der alle »körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus« zusammengeführt werden sollen. Obwohl die analytische Basis des Erfurter Programms nicht abgelehnt wird, ist sie zumindest doch »verdunkelt« (Karl Kautsky). Immerhin spricht das Görlitzer Programm nicht mehr vom naturnotwendigen Untergang des Kleinbetriebes, auch nicht von systemimmanenten Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, die sich unter allen Umständen durchsetzen müssten. Charakteristisch ist die einen ethischen Imperativ anfügende Formulierung zum Klassenkampf. Diesen habe die kapitalistische Wirtschaft »für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht«. Die Sozialdemokratische Partei stellt sich im Görlitzer Programm entschlossen auf den Boden der demokratischen Republik, die sie als ein Staatswesen anerkennt, in dem sich der Sozialismus partiell schon kräftig eingerichtet hat. Mit der demokratischen Republik sieht die SPD eine Übergangsphase erreicht, in der sie sich als Staatspartei und als sozialistische Offensivkraft gleichermaßen zu bewähren hat. Der Inhalt sozialistischer Erneuerungspolitik wird im Görlitzer Programm jedoch nur vage umrissen. Das Grundsatzpostulat lautet: »Überführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen, zum Wohl der Gesamtheit betriebenen Wirtschaft.« Die Aufzählung zur Wirtschaftspolitik im besonderen Teil ergänzt dies, enthält aber keine präzisierenden Angaben.

Die Delegierten des Nürnberger Einigungsparteitages von 1922 folgten dem Vorschlag der Parteiführungen von MSPD und USPD, für die wiedervereinigte Sozialdemokratie ein neues Programm erarbeiten zu lassen, das den veränderten innerparteilichen Konstellationen Rechnung zu tragen habe. Spätes Ergebnis des theoretischen Prozesses, der an der Parteiba-

sis insgesamt nur geringe Resonanz fand, war ein Programm, das im grundsätzlichen Teil die Rückkehr zum Marxismus von Erfurt bedeutete. Im Großen und Ganzen hatte sich die Programmkommission dem Entwurf ihres Vorsitzenden Karl Kautsky, der zeitweilig Mitglied der USPD gewesen war, angeschlossen. Das Heidelberger Programm von 1925 entspricht dem Erfurter von 1891 hinsichtlich der Analyse der kapitalistischen Entwicklung weitgehend. Eine wichtige Ergänzung bilden die Thesen zum Finanzkapital, in denen die Erkenntnisse des ebenfalls aus der USPD kommenden Rudolf Hilferding berücksichtigt wurden. Das Heidelberger Programm behauptet in Anlehnung an das Erfurter Dokument ein gesetzmäßiges Erstarken des Großbetriebes. Es erkennt zwar die wachsende Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen, ordnet diese Schichten aber in traditioneller Methode der Arbeiterklasse zu. Die Klassenkampfposition hat sich gegenüber der Görlitzer Aussage wieder verhärtet. Dagegen ist die Stellungnahme zur Demokratie, im grundsätzlichen Teil wie im folgenden Aktionsprogramm, weit weniger verbindlich als 1921 ausgefallen. Das Heidelberger Programm fordert wie das Erfurter die Vergesellschaftung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln, ohne den Modus eines solchen Eingriffs und das Problem der neuen, sozialistischen Produktionsgestaltung zu klären. Aus dem besonderen Teil ist hervorzuheben, dass sich die Sozialdemokratie hier erstmals programmatisch »für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa« einsetzt, dies vor allem auch, wie Hilferding in seiner Heidelberger Programmrede bekräftigte, mit Blick auf den »Prozess des Erwachens der geschichtslosen Nationen«, den die Sozialisten »bis zu einem gewissen Grade zu beeinflussen, zu überwachen und zu lenken« hätten, »damit dieser Prozess sich nicht wieder in einer katastrophalen, kriegerischen Weise vollziehe, die heute bei der Entwicklung der Kriegstechnik die ganze europäische Zivilisation dem Untergange aussetzen würde«.

Ein Vergleich der meisten Gegenwartsforderungen des aktionsprogrammatischen Teils, den zu entwerfen ursprünglich nicht Aufgabe der Programmkommission war, mit der grundsätzlichen Einführung macht den Widerspruch anschaulich, der für die SPD bis 1933 charakteristisch bleiben sollte. Es war der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, zwischen programmatischer Selbstdarstellung als marxistischer Klassenkampfpartei und aktivem praktisch-politischem Engagement auf den verschiedensten Ebenen des bürgerlich-demokratischen Staates, das die Partei

etwa auch in jenen Jahren der republikanischen Konsolidierung, als sie nicht in den Reichskabinetten vertreten war, mit der Ausübung zahlreicher Regierungs- und Verwaltungsämter in den Ländern, Provinzen, Bezirken, Kreisen und Kommunen bewies. Der skizzierte Zwiespalt blockierte letztlich beides: sowohl eine staatskonstruktive, sachlich überzeugende und ausstrahlungskräftige Politik als auch eine klare, konsequente Theorie. Originelle sozialistische Theoriediskussionen wurden in der Mittel- und Endphase der Republik fast nur noch von kleinen elitären Rand- und Splittergruppen geführt, Diskussionen, welche die Leitung und das Gros der sozialdemokratischen Massenpartei kaum mehr anregten.

Auf dem Kieler Parteitag von 1927 verständigte sich die SPD auf eine politische Konzeption, die Hilferding im Referat über den »organisierten Kapitalismus« dargelegt hatte. Den organisierten Kapitalismus definierte Hilferding als »den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion«. Nach dieser Auffassung war die moderne, planmäßig geleitete Wirtschaft in weitaus höherem Maße als der bisherige Kapitalismus vom Staat abhängig. Mit Hilfe des Staates sollte die von den Unternehmern organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat gelenkte Wirtschaft verwandelt werden. Hilferdings Thesen beeinflussten die künftigen Ökonomiedebatten ebenso wie das politische Verhalten der Partei. Während der folgenden Jahre trat die vormals dominierende Sozialisierungsforderung hinter den Ideen der Planwirtschaft und der Wirtschaftsdemokratie, die kurz auch schon das Heidelberger Programm erwähnt hatte, zurück. Dem Anliegen Hilferdings entsprach auf politischem Sektor der Koalitionskurs, den die Sozialdemokratie nach dem Wahlsieg von 1928 auf Reichsebene einschlug. Mit dem Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre beginnenden wirtschaftlichen und politischen Krisenprozess wurde jene Konzeption, die von der Annahme allgemeiner Stabilisierung ausging, freilich hinfällig. Das Übergreifen der weltwirtschaftlichen Depression auf Deutschland wirkte sich in einer unerträglichen Verschärfung der sozialen Konflikte aus, die Große Koalition unter Hermann Müller-Franken brach auseinander, der Nationalsozialismus wurde zur republikzersetzenden Massenbewegung. In der Phase der Tolerierung des autoritären Brüning-Regimes 1930-1932 geriet die Sozialdemokratie in eine fast ausweglose Defensive. Der 20. Juli 1932, die unrühmliche Kapitulation der preußischen Regierung Braun-Severing vor Papens Staatsstreich, beendete eine Ära der Versäumnisse und undeutlichen Kompromisse, in der es der SPD nicht gelungen war, in den eigenen Reihen und nach außen

Klarheit über ihren Standort in der Republik sowie über Verpflichtung und Möglichkeiten der Sozialdemokratie als linker demokratischer Staatspartei zu schaffen. Freilich muss hervorgehoben werden, dass es nicht die Sozialdemokratie war, die Hitlers Aufstieg aktiv beförderte. Weimar ist letztlich daran gescheitert, dass sich zu wenige für die Demokratie einsetzten.

Wirklichkeitsferne und Ohnmacht der auf die traditionellen Normen des Legalismus, des Institutionalismus und der historischen Determiniertheit eingeschworenen Selbsterhaltungsstrategie wurden spätestens nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eklatant. Während unter dem Druck der nationalsozialistischen Machtergreifung die politischen und organisatorischen Möglichkeiten der Sozialdemokratie, vor allem in der Folge des Reichstagsbrandes, nach den Märzahlen und der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes immer mehr schrumpften, klammerte sich der überwiegende Teil des sozialdemokratischen Funktionärskorps an Illusionen. Viele hielten lediglich eine Neuauflage der Pressionen, die noch aus den Jahren des Sozialistengesetzes in Erinnerung waren, für möglich und glaubten an entsprechende Chancen der Selbstbehauptung. Dass Hitler an der wirtschaftlichen Krise scheitern würde, galt als nahezu sicher. Nicht zuletzt rechnete man mit einer außenpolitischen Isolierung des neuen Regimes. Auch ein so mutiger Akt wie Otto Wels' Reichstagsrede und die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 vermochten über den generellen Zustand passiven Abwartens nicht hinwegzutäuschen und die politische Demoralisierung innerhalb des Apparats und der Mitgliedschaft nicht aufzuhalten. Doch schon in der Halblegalitätsphase, bis zum Verbot am 22. Juni 1933, bildeten sich – weniger im Kern der Partei als in linken Randgruppen sowie in Kreisen junger Sozialisten und Reichsbannerleute – einzelne Widerstandszirkel, die zu illegaler, konspirativer Aktion bereit waren. Während der Sommer- und Herbstmonate des Jahres 1933 entstanden im gesamten Reichsgebiet auf Initiative ehemaliger Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei bzw. sozialistischer Nebenorganisationen mehr oder minder locker strukturierte Gruppen. Die Frage, wie Aufkommen und Machtergreifung des Nationalsozialismus möglich gewesen seien, führte diese Gruppen immer wieder zur Diskussion der politischen Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen seit 1918 sowie zum radikalen Zweifel an der reformistischen Parteitradition. Als wichtigste Ursachen der Niederlage traten die völlig unzulängliche Fundierung und Absicherung der Demokratie 1918 bis 1920, der mangelnde sozialistische

Gestaltungswille der SPD und vor allem die Spaltung der Arbeiterbewegung ins Blickfeld.

Der Sopade, dem von Prag aus tätigen Exilvorstand, konnte auf Grund vielfältiger Untergrundkontakte mit Inlandsgruppen die weit verbreitete revolutionäre Grundstimmung, die Disposition zu radikaler Selbstkritik und zum entschlossenen Überdenken der Frage eines Bündnisses mit den Kommunisten, nicht entgehen. Sie erkannte die politisch-programmatische und die taktische Aufgabe – Letzteres in Bezug auf die innerparteiliche Opposition und die verschiedenen linken Splittergruppen –, das neue revolutionäre Bewusstsein zu berücksichtigen. Ergebnis dieser Rezeption war das 1934 wenige Tage vor dem ersten Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung veröffentlichte Prager Manifest. Mit ihm trennte sich die Sozialdemokratie offiziell von Reformismus und Legalität. Die Fehler und Unterlassungen von 1918 werden ausdrücklich genannt. Die proklamierte Eroberung der Staatsmacht erfordere revolutionären Kampf einer revolutionären Organisation. Im Prager Manifest ist von den Faktoren, die bis zuletzt den erbitterten Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung zugrunde lagen, nicht mehr die Rede. Nach der neuen Version erzwingt die jüngste historische Entwicklung die Einigung der Arbeiterklasse »in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus«: »Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär.« Die vereinigte revolutionäre Partei solle den Kampf gegen den Nationalsozialismus im Bündnis mit den antifaschistischen Kräften des Mittelstandes führen.

Das im Prager Manifest entworfene Programm beruhte auf der Erwartung, dass sich unter der NS-Diktatur die ökonomisch-sozialen Krisen verschärfen und von daher die Bedingungen für einen revolutionären Kampf einstellen würden, dessen Erfolg überdies wesentlich von einer Quarantäne der Westmächte gegen Hitler-Deutschland abhing. Die praktisch-politische Entwicklung verlief jedoch anders. Binnen kurzem gelang es den Nationalsozialisten, ihre Herrschaft fest zu verankern. England und Frankreich nahmen die deutsche Wiederaufrüstung hin. Der Untergrundkampf gegen die Diktatur zeitigte kaum nennenswerte propagandistische, geschweige denn weiterreichende Effekte. So blieb die Prager Erklärung im Wesentlichen Dokument eines kurzfristigen, an eine bestimmte geschichtliche Lage und an bestimmte Konstellationen innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung gebundenen revolutionären Willens. Sie wurde zwar in der Folgezeit nicht widerrufen, hatte andererseits aber keine handlungslei-

tende Bedeutung. Auch den Konkurrenzkampf zwischen dem Exilpartei-vorstand Sopade und den oppositionellen Linksgruppen, die von einer echten Neuorientierung des Prager Vorstandes ohnehin nicht überzeugt waren, vermochte das Manifest auf längere Sicht nicht zu mildern oder gar zu verhindern. Der zentrale Programmpunkt, die Einigung der Arbeiterklasse in einer neuen revolutionären Partei, rückte angesichts der katastrophalen Umstände und Resultate der kommunistischen Widerstandspraxis und bei realistischer Würdigung der kommunistischen Kampfprogrammatik – auch nach dem offiziellen Komintern- und KPD-Umschwung im Jahre 1935 – in unerreichbare Ferne. Die sozialdemokratische Argumentation für die Demokratie als Prinzip und Ziel, gegen die Herabwertung zum taktischen Instrument wie bei der KP, ließ die fundamentalen Unterschiede deutlich werden, besonders anlässlich der Prager Einheitsfrontverhandlungen im November 1935. Nicht das Drängen in eine Einheits- und Volksfront war für den Demokratischen Sozialismus der Exiljahre nach 1935 charakteristisch, sondern eine intensive Neubesinnung auf die liberaldemokratischen Freiheits- und Humanitätsideen des Westens, deren Realisierung und konsequente radikaldemokratisch-sozialistische Weiterentwicklung zur Aufgabe der künftigen freien Arbeiterbewegung erklärt wurden.

Bei dem Problem einer vereinigten sozialistischen Partei, das gegen Ende des Zweiten Weltkrieges von den Londoner Exilgruppen, in der »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien«, wieder verstärkt debattiert wurde, ging es ebenfalls nicht um die Fusion von Sozialisten und Kommunisten. Vielmehr sollten jetzt die programmatische Einigung und der festere organisatorische Zusammenschluss der einzelnen sozialistischen Gruppen herbeigeführt und der Aufbau einer von diesen Kräften gebildeten neuen Inlandspartei vorbereitet werden – in den Grenzen, die das Rollenverständnis der Emigrierten und die Umstände der Emigration von vornherein setzten. Für die Mitte Oktober 1942 eröffnete Diskussion bot die Sopade im Dezember mit Erich Ollenhauers Referat über »Möglichkeiten und Aufgaben einer geeinten sozialistischen Partei in Deutschland« eine Basis an, die von den beteiligten Richtungen im Wesentlichen akzeptiert werden konnte. Ollenhauer geht in diesem Beitrag auf die dem Sturz der Hitler-Diktatur unmittelbar folgende revolutionäre Übergangsperiode ein und umreißt in knappen Zügen Formen und Substanz der neuen Demokratie wie auch der neuen sozialistischen Partei. Exponiertes Gewicht haben die Forderungen nach einem tiefen Eingriff in die überkommene ökonomisch-soziale Struktur und das Bekenntnis zum

militant antinationalistischen Charakter der Nachkriegsdemokratie. Die neue Partei ist nach Ollenhauer eine Volkspartei. Dem »Wesen einer demokratisch und freiheitlich orientierten sozialistischen Partei« gemäß müsse sie ständig danach streben, »immer neue Schichten der Bevölkerung für ihre Ansichten und Aufgaben zu gewinnen und sie von der Richtigkeit ihrer Vorstellungen und Zielsetzungen zu überzeugen«. Ollenhauer sieht die zentrale sozialistische Führungsrolle nur dann gewährleistet, wenn die sozialistische Partei »gegenüber weltanschaulichen, religiösen oder anderen philosophischen Motivierungen einer fortschrittlichen sozialen Einstellung des Einzelnen tolerant ist«. Für diese »Partei eines freiheitlich-demokratischen Sozialismus«, welche die innerparteiliche Demokratie als »die entscheidende Grundlage ihres Organisationslebens« begreife, komme ein Zusammenschluss mit der zentralistisch gelenkten und außerdem fremdgesteuerten KPD nicht in Frage.

Zwischen 1943 und 1945 wurde im Exil eine Fülle politischer, wirtschaftlicher und administrativer Vorschläge erarbeitet, allerdings kein in sich geschlossenes, Grundsätze und Gegenwartsforderungen voneinander abhebendes Programm. Immerhin waren die im Laufe des Jahres 1945 von London aus bekannt gegebenen Empfehlungen und Leitsätze konkret genug und in der politischen Tendenz hinreichend deutlich, um den neuen inländischen Führungskreis um Kurt Schumacher erkennen zu lassen, dass ein Optimum an politisch-programmatischer Übereinstimmung zwischen der Sopade und den Genossen im Lande bestand. Es war daher nur konsequent, dass Ollenhauer und Fritz Heine, einer Absprache vom Oktober 1945 folgend, im Februar 1946 nach Deutschland zurückkehrten und in Schumachers zentralem Hannoveraner Büro Führungsfunktionen übernahmen.

Eines der frühesten und aussagekräftigsten Zeugnisse der politischen Vorstellungswelt Kurt Schumachers sind die »Politischen Richtlinien« vom August 1945. Obwohl ausdrücklich »nicht als Ersatz für ein Programm«, »sondern als Hinweis für eine einzuschlagende Taktik« gedacht, bieten diese Richtlinien doch wesentlich mehr als nur eine auf Tagespolitik bezogene Aktionsanleitung oder auf kurze Sicht bemessene Orientierungshilfen. Neben Erklärungen, die in konkreter Relation zur politischen Lage im Sommer 1945 stehen, enthalten sie eine geschichtlich motivierte, weit ausgreifende ideenpolitische Ausrichtung von stellenweise grundsatz-programmatischer Qualität. Mit scharfem Akzent stellt Kurt Schumacher besonders folgende Thesen und Probleme heraus: die unauflösbare Verquickung von Sozialismus und Demokratie – der Einfluss u.a. des Görli-

zer Programms von 1921, auf das sich Schumacher schon fast 20 Jahre zuvor in seiner Dissertation zum Thema »Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie« berufen hatte, ist hier unverkennbar –; der Bau eines Parteienstaates anstelle des autoritären Obrigkeits- bzw. Beamtenstaates; der sozialdemokratische Führungsanspruch; die Gewinnung des alten wie des neuen Mittelstandes für die Demokratie und für die Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft in einer neuen Sozialdemokratischen Partei; die strikte Absage an eine Einheitsfront und eine Einheitspartei mit den deutschen Kommunisten, die er an die imperialistischen Interessen Sowjetrusslands gekettet sieht und deren jüngste Bekenntnisse zur Demokratie nicht glaubwürdig seien; endlich der Appell an die mittlere und ältere Generation, die Integration der Jugend in die Parteiarbeit tatkräftig zu fördern.

Die Formulierung des letzten Anliegens sollte die Partei auf den Weg des Neubaus weisen, den Schumacher bei anderen Gelegenheiten und in den folgenden Jahren immer wieder leidenschaftlich gegen die Tendenzen zur Restauration der Sozialdemokratie nach Weimarer Vorbild vertrat. Schumacher hat dieses Postulat und wesentliche Bestandteile seiner allgemeinen innen- und außenpolitischen Konzeption nicht verwirklichen können. Im Organisationsleben und in der Selbstdarstellung der Sozialdemokratie nach außen kamen recht bald wieder die Abschließungsmentalität und die traditionelle Diktion zur Geltung, welche die politische Erziehung der Parteimehrheit in den Jahren der ersten Republik geprägt hatten. Das zur Zeit der Niederschrift der »Politischen Richtlinien« noch schwer überschaubare deutsche Parteienfeld gruppierte sich ab 1946 entgegen den Wünschen und Voraussagen des sozialdemokratischen Parteiführers. Mit der CDU/CSU war eine bürgerliche Sammlungsbewegung aufgekommen, die trotz aller innerparteilichen Konflikte in entscheidenden Momenten erstaunlich bindekräftig blieb und bei Wählern aller Bevölkerungsschichten großen, von Schumacher nicht erwarteten, Anklang fand. Besonders seit 1948 trieben die in der CDU/CSU dominanten Kräfte bürgerlich-konservativer Herkunft, unterstützt von maßgebenden Stellen und Persönlichkeiten der amerikanischen Besatzungsmacht, mit Erfolg eine der Privateigentumsideologie verpflichtete »freie« Marktwirtschaftspolitik, während die Chancen, über Sozialisierung und Planwirtschaft zu einer Neufundamentierung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung zu kommen, angesichts des Kalten Krieges und der innerdeutschen Kräfteverlagerung immer geringer wurden. – Wer die politische Wirklichkeit der Nachkriegsjahre 1945-1949 an den zu Beginn von Schumacher entworfene-

nen Richtlinien misst, kommt um die Feststellung nicht herum, dass die westzonale Sozialdemokratie ihre Grundsätze nur in zwei Fällen dauerhaft realisieren konnte. Dies allerdings waren Wegmarkierungen von kaum überschätzbarem partei- und nationalpolitischem Rang. Wir meinen erstens die Erhaltung und Konsolidierung einer demokratisch-sozialistischen Partei 1945/46, gegen die internen und externen Versuche, eine sozialistisch-kommunistische Einheitspartei zu gründen; und zweitens das unbeirrte Festhalten am Prinzip einer funktionsfähigen bundesstaatlichen Ordnung im Frühjahr 1949, als die SPD der alliierten Intervention entgegentrat und ihren Standpunkt substantiell durchsetzte.

In den ersten Jahren des Wiederaufbaus hielt Schumacher die Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms nicht für sinnvoll und opportun. Die Voraussetzungen für eine Selbstverständigung über die theoretische Basis des demokratischen Sozialismus schienen ihm noch nicht gegeben zu sein, der Nachholbedarf an soziologisch-wirtschaftswissenschaftlichen und anthropologischen Studien war seiner Ansicht nach zu groß. Diese Zurückhaltung hinderte ihn jedoch nicht, programmatische Leitsätze zu verkünden und die Neubaupolitik theoretisch-analytisch zu untermauern. Die »Politischen Richtlinien« lieferten hierfür Beispiele. Die im Sommer 1945 vorgetragene Argumentation hat Schumacher anlässlich vieler parteiinterner und öffentlicher Reden profiliert und ergänzt. Besonderen Wert legte er auf die mehrmals in der Parole »Anschluss an die Welt« zusammengefasste Forderung nach Rezeption des liberaldemokratischen Humanismus, die Anerkennung einer Pluralität der Motive für die Entscheidung, sich dem Demokratischen Sozialismus anzuschließen, sowie auf die Beibehaltung der marxistischen Sozialanalyse und den Versuch einer Neuordnung des Verhältnisses zu den Kirchen. Schumacher wollte die Debatte über neue Erkenntnisse und Ansätze vorerst offen halten und von einer programmatischen Konkretisierung Abstand nehmen, wie sie zum Beispiel Willi Eichler auf dem Hannoveraner Parteitag 1946 verlangte.

Es war nicht offiziell der Parteivorsitzende oder das Gremium des Parteivorstandes, sondern die Sozialistische Kulturzentrale unter Arno Henning, die sich um eine Koordinierung der überall in Gang gekommenen Programmdiskussionen bemühte. Im August 1947 trafen auf der Kulturpolitischen Konferenz in Ziegenhain mehr als 80 Personen zu einer Aussprache über den geistigen Standort der sozialistischen Bewegung zusammen. Die von ihnen einstimmig gebilligte EntschlieÙung bedeutete vor allem insofern eine radikale Wende, als jegliche monokausale Deutung des historischen Prozesses unmissverständlich abgewiesen wurde. Unter Be-

rücksichtigung des neueren soziologisch-anthropologischen Erkenntnisniveaus, aber auch der geschichtlichen Erfahrung des Nationalsozialismus, die den Glauben an einen zwangsläufigen Sieg des Sozialismus gründlich erschüttert hatte, ließ sich der historische Materialismus nach Meinung der Delegierten nicht länger aufrechterhalten. So wenig die Sozialdemokratie auch in Zukunft auf die marxistische Gesellschaftsanalyse und -kritik verzichten können, so notwendig sei es andererseits, die »geistige Freiheit des Menschen und seine sittliche Verantwortlichkeit als gestaltende Faktoren auch des geschichtlichen Prozesses« anzuerkennen. Demgemäß hingen sozialistische Politik und Verwirklichung des Sozialismus nicht nur von sozialökonomischen Entwicklungsbedingungen ab, sondern entscheidend vom Bewusstsein humaner Verpflichtung und von einem autonomen sittlichen Willen.

Wer erwartet oder gewünscht hatte, Ziegenhain werde nachhaltig und verpflichtend die Gesamtpartei beeinflussen, so dass die SPD in Kürze ein neues Programm vorlegen könne, wurde allerdings enttäuscht. Zwar blieb die Programmfrage in den folgenden Jahren auf der Tagesordnung, so mit dem Beschluss des Düsseldorfer Parteitages von 1948, der Vorstand habe unverzüglich eine Programmkommission einzusetzen, und mit Carlo Schmid's Rede auf dem Hamburger Parteitag 1950 über die SPD »vor der geistigen Situation unserer Zeit«, in der er die Illusion zu zerstören suchte, die Partei könne eine »geistige Heimat« bieten, und in der er von der Sozialdemokratie kein Dogma, wohl hingegen eine »Doktrin« verlangte, »ein System von Zielsetzungen und von Methoden, das die Möglichkeit gibt, je und je in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen konstanten und beweglichen Faktoren der Wirklichkeit die konkrete Situation auf ein Koordinatensystem zu beziehen«. Aber die Mehrheit der Parteiführung hielt die Programmfrage offenbar nicht für vorrangig. Im Zuge der Teilstaatsgründung und nach der Bundestagswahl 1949 beherrschten andere Probleme die national- und parteipolitische Szene. Die SPD Kurt Schumachers kämpfte in rigoroser Opposition gegen eine Regierung, die nach sozialdemokratischer Ansicht die Restauration traditioneller großkapitalistischer Herrschaftsverhältnisse betrieb und auf einen autoritär-präfaschistischen Obrigkeitsstaat zusteuerte. Der reaktionären Innenpolitik entspreche die Zustimmung zum konservativ-klerikalkapitalistischen Kleineuropa des Schuman-Plans, der jede künftige sozialistische Neubaupolitik blockiere und einen unverzichtbaren Grundsatz europäischer Gemeinschaftspolitik, die Gleichberechtigung aller Vertragspartner, für die Bundesrepublik außer Kraft setze. Das zuletzt genannte Argument verwendete die SPD an-

fangs auch primär in ihrer Opposition gegen die Remilitarisierungspolitik, die ab 1951 jedoch stärker unter Herausstellung des absoluten Vorrangs der deutschen Wiedervereinigung bekämpft wurde. Das folgende Zitat aus Schumachers Vorwort zum Dortmunder Aktionsprogramm gibt einen Eindruck vom Ausmaß der Konfrontation in allen entscheidenden Fragen der Staats- und Gesellschaftsgestaltung, der Deutschland- und Europapolitik seit 1948/49: »Es ist eine verantwortungslose Propagandaparole, heute zu behaupten, dass die Sozialdemokratie in der Regierung dieselbe Politik machen würde wie die jetzige Bundesregierung. Die Sozialdemokratie geht von ganz anderen Voraussetzungen aus und strebt auf anderen Wegen auch anderen Zielen zu. Für uns ist die deutsche Einheit kein Fernziel, sondern das Nahziel.«

Die Härte der Kontroverse zwischen SPD und regierenden Bürgerblockparteien schien zeitweilig alle Energien zu beanspruchen. Erst die Prinzipienklärung, die vom Frankfurter Kongress zur Neukonstituierung der Sozialistischen Internationale Ende Juni/Anfang Juli 1951 verabschiedet wurde, belebte die Programmarbeit innerhalb der deutschen Sozialdemokratie aufs Neue. In der Deklaration über »Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus« verurteilen die Mitgliedsparteien der Internationale den ausbeuterischen Kapitalismus ebenso wie den terroristisch-imperialistischen Kommunismus. Was hier über das Wesen des Sozialismus und die Motivierung sozialistischer Aktion ausgeführt wird, gehörte seit 1945 zum geistigen Rüstzeug der Schumacher-SPD: dass der Sozialismus »nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden« könne; dass alle Sozialisten, ob von gesellschaftswissenschaftlicher Einsicht, religiöser Überzeugung oder humanitärem Grundsatz geleitet, ein gemeinsames Ziel erstrebten, »eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens«; dass die Verwirklichung des Sozialismus nicht quasi naturgesetzlich vorgegeben sei, sondern die Bemühungen aller seiner Anhänger erfordere. Der Abschnitt über wirtschaftliche Demokratie empfiehlt eine flexible, fein gestufte Politik zur Erreichung der sozialistischen Wirtschaftsziele. Planung und demokratische Kontrolle erscheinen als bevorzugte Mittel, die Vorstellung vielfältiger Formen von Gemeineigentum ersetzt pauschale Vergesellschaftungspostulate. Die Größe des Abstandes von einer ökonomistisch verengten Perspektive wird erkennbar, wenn es heißt, dass wirtschaftliche und soziale Fortschritte »ihre moralische Rechtfertigung in dem Maße« finden, »in dem sie der Befreiung und Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit dienen«, und dass der Demo-

kratische Sozialismus den Kapitalismus nicht nur aus wirtschaftlich-materiellen Erwägungen heraus bekämpft, sondern weil dieser »das sittliche Empfinden verletzt«.

Die deutsche Sozialdemokratie beschied sich im darauf folgenden Jahr mit der Vorlage eines Aktionsprogramms. In dem vom Dortmunder Parteitag im September 1952 verabschiedeten Dokument führte die SPD nochmals in extensiver Form alle konzeptionellen Ansätze und praktischen Forderungen zur Außen-, Deutschland- und Innenpolitik auf, die die Partei in der Vergangenheit geleitet hatten und die für absehbare Zeit gültig bleiben sollten. Es war als Richtlinie für eine künftige sozialdemokratische Bundesregierung gedacht und hatte zugleich die Funktion, den deutschen Wählern und dem Ausland einen möglichst präzisen und umfassenden Eindruck von dem zu vermitteln, was eine SPD-Regierung ändern und initiieren würde. Die langatmige, mit argumentativen Exkursen zusätzlich gefüllte Aufreihung von geplanten Maßnahmen zu möglichst allen als politisch bedenkenswert erscheinenden Fragen erzielte indessen nicht die von den Autoren gewünschte Publizitätswirkung. Die in Dortmund beschlossene Version wurde kaum besser als der zuvor erarbeitete Entwurf dem Maßstab gerecht, den Arno Hennig auf dem Parteitag so kennzeichnete: »Ein Aktionsprogramm muss ein Appell sein, muss etwas sein wie eine konzentrierte Rede, eine warmherzige Ansprache an den Menschen, an jeden, der dieses Programm in die Hand nimmt.« Wie tief das Unvermögen zu einer öffentlichkeitsorientierten Selbstdarstellung saß, wird in der Tatsache offenkundig, dass selbst die hohe Niederlage der SPD im September 1953, nach einem weniger plakativ und werbepsychologisch als argumentativ geführten Wahlkampf, und die Parteireformdiskussion Ende 1953/Anfang 1954 keinen gründlichen Wandel auslösten. Auch das vor und auf dem Berliner Parteitag – vor allem im außenpolitischen Teil – stark umgearbeitete Aktionsprogramm blieb eine spröde formulierte, wenig übersichtliche Denkschrift. Es lag wohl wesentlich an der monströsen Gesamtkonzeption des Programms, dass die prägnanten Ausführungen zur sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik unter dem von Karl Schiller ausgegebenen Motto »Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig«, mit der Bejahung echten Leistungswettbewerbs und dem Hinweis auf Notwendigkeit und Chancen konjunkturpolitischer Steuerung, nicht den durchschlagenden und dauerhaften Effekt hatten, der angemessen gewesen wäre.

Einen substantiellen Fortschritt bot das Berliner Programm von 1954 in der Präambel »Ziele und Aufgaben«. Sie ging besonders auf Vorarbeiten

der im März 1953 gebildeten Studienkommission sozialdemokratischer Wissenschaftler zurück, die auf ihrer Mehlemer Klausurtagung im April 1954 Thesen zur sozialdemokratischen Standortbestimmung entwickelt hatte, in denen der Einfluss des von Gerhard Weisser repräsentierten »freiheitlichen Sozialismus« überwog. Die Berliner Präambel liefert eine knappe zeitanalytische Skizze und versucht die philosophischen Ursprünge und »Grundanliegen« (Weisser) des Demokratischen Sozialismus zu formulieren. Danach steht die Menschheit an der Schwelle des Atomzeitalters vor der Entscheidung: entweder sich in kriegerischer Auseinandersetzung und durch Unterwerfung unter totalitäre Herrschaftssysteme selbst zu zerstören oder aber mit Hilfe von Wissenschaft und Technik und aus einem ethischen Verantwortungsbewusstsein heraus für die »Befreiung des Menschen aus unwürdiger sozialer Abhängigkeit und geistiger Hörigkeit«, für eine »Gesellschaft des Friedens und der Gerechtigkeit« zu wirken. Die neue, von Ausbeutung und Unterdrückung freie Gesellschaft sei nicht historisch determiniert. Laut Berliner Präambel wird man sich nur »durch zielklares und verantwortungsbewusstes Handeln« dem Ideal einer besseren Gesellschaft nähern. Dabei gelte: »Der Sozialismus wird [...] stets Aufgabe bleiben.« Die Behauptung, in Europa seien »Christentum, Humanismus und klassische Philosophie geistige und sittliche Wurzeln des sozialistischen Gedankengutes«, nimmt eine der am heftigsten umstrittenen Thesen des Godesberger Programms vorweg. Schließlich wird festgestellt, dass die Sozialdemokratie eine »Partei des Volkes« geworden sei, deren Mitglieder- und Wählerkern die Arbeiterschaft bilde.

Der Berliner Parteitag stimmte dem Vorstandsbeschluss zu, eine Grundsatzprogramm-Kommission einzusetzen. Die im März 1955 beginnende Ausschussarbeit zog sich über mehr als vier Jahre hin. In dieser Zeit gelang es dem christlich-demokratischen Gegner, seine Herrschaftsstellung auf Bundesebene zu einem politischen Machtmonopol auszubauen. Bei der Bundestagswahl 1957 errang Adenauers Union die absolute Mehrheit der Stimmen, während die Sozialdemokraten ihre 30%-Marke nur unwesentlich überschritten. Im Bewusstsein des westlichen wie des neutralen Auslandes war der Parteiname CDU/CSU Synonym für soliden wirtschaftlichen und politischen Aufstieg, für Wohlstand, Sicherheit und wiedererworbenes Vertrauen. Der in der Tat oft überkomplizierten und unscharfen Argumentation der SPD für eine aktive deutsche Wiedervereinigungspolitik und die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems wollte und konnte sich lediglich eine Minderheit anschließen. Die Polemiken der Kanzlerpartei und der ihr ergebenen Publizistik, die Sozialdemokratie

betreibe Opposition um jeden Preis und spiele eine gesellschaftlich-politische Außenseiterrolle, aber auch die Tatsache, dass sich die SPD weniger durch ihre sozialen, innerstaatlichen Reformpläne und -maßnahmen als durch die Darstellung von Alternativen zur National- und Bündnispolitik Adenauers zu exponieren vermochte, hatten zur Folge, dass Selbstverständnis und Funktion der Sozialdemokratie als linker demokratischer Volkspartei vom überwiegenden Teil der deutschen Öffentlichkeit nicht begriffen und schon gar nicht anerkannt wurden.

Nur mit dem dürftigen Stand der Informationen über programmatische Ansätze und politische Grundkonzeptionen der SPD nach 1945 ist der Tenor zu erklären, der die Presse Ende des Jahres 1959 und in den folgenden Monaten beherrschte, nachdem die Partei das seit der Wahlkatastrophe von 1957 immer massiver geforderte Grundsatzprogramm verabschiedet hatte. Was die meisten als große Wende interpretierten, war in Wirklichkeit nicht mehr und nicht weniger als eine Konsequenz der sozialdemokratischen Diskussionen und Erklärungen der vergangenen anderthalb Jahrzehnte. Das Godesberger Programm vollzieht den Abschied vom Sozialismus als Weltanschauung und von der Verabsolutierung bestimmter Methoden zur Verwirklichung des Sozialismus. Das Ziel sei – wie in der Vergangenheit – »eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann«. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind im Godesberger Programm die unterschiedlich motivierbaren »Grundwerte«, an denen alle demokratischen Sozialisten ihren fortwährenden Kampf um eine neue Gesellschaft orientieren. Aus der Bindung an diese Grundwerte erwachsen politische, wirtschaftliche und kulturelle »Grundforderungen«, die sich um den Satz gruppieren: »Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.« In der konkreten historischen Anwendung folgen daraus die uneingeschränkte Bejahung des parlamentarisch-demokratischen Rahmens, den das Bonner Grundgesetz statuiert hat, und die Aufgabe, das dort entworfene Gemeinwesen im Sinne eines Rechts-, Sozial- und Kulturstaates politisch zu realisieren. Die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln hat den Rang eines unabdingbaren Mittels zur Erreichung sozialistischer Ziele verloren. Sie ist auch nach dem Godesberger Programm dann zweckmäßig und notwendig, wenn andere Instrumente zur Gewährleistung sozial gerechter und freiheitlicher Wirtschaftsverhältnisse wirkungslos bleiben. Als zentral erscheint im Übrigen nicht die Eigentumsfrage, sondern das Prob-

lem wirtschaftlicher Machtzusammenballung und die demokratische Pflicht, Wettbewerbsblockade sowie Missbrauch wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken zu verhindern. Die im Programm angeführten oder angedeuteten Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen basieren auf den Erkenntnissen, die in der Sozialdemokratie spätestens seit Anfang der fünfziger Jahre zum Durchbruch gelangt waren.

Im Grundsatzprogramm von 1959 stellte sich die SPD klar und konsequent wie nie zuvor »als eine kämpferisch demokratische Freiheitsbewegung« (Willy Brandt) dar. Es käme einer Überschätzung dieser Aussage wie von Programmen überhaupt gleich, wollte man die Erfolge der SPD in den sechziger Jahren, sei es bei der wahl- und organisationspolitisch wirksamen gesellschaftlichen Öffnung, sei es hinsichtlich der Entkrampfung des Verhältnisses zur katholischen Kirche und zur Bundeswehr, allein auf Godesberg zurückführen. Andererseits kann nicht geleugnet werden, dass es den Sozialdemokraten in Bund, Ländern und Gemeinden auf Grund des neuen Programms künftig leichter war, Vorurteile gegen die SPD schrittweise abzubauen, die soziologischen Wandlungsprozesse der Nachkriegszeit zu berücksichtigen und im politischen Kräftespiel pragmatisch und flexibel zu agieren. Von dieser Feststellung wird allerdings die grundsätzliche Kritik, die seinerzeit und nachher immer wieder – nicht nur von Marxisten – gegen das Godesberger Dokument vorgebracht wurde, nicht berührt. Sie richtete sich besonders scharf und überzeugend gegen den vollständigen Verzicht auf eine Zeitanalyse, die der erste Entwurf noch enthalten hatte, gegen die optimistische Hingabe an die herrschende Pluralismuseuphorie und gegen das Verschweigen des Marxismus beim Rückblick auf die historischen Ursprünge der sozialistischen Bewegung.

Insgesamt freilich war für die Jahre nach Godesberg eine starke Abnahme, zeitweise gar ein Verebben grundsatzpolitischer Diskussionen, damit einhergehend die Betonung sach- und sektorenbezogener systemimmanenter Reformpolitik zu beobachten: ein Vorgang, der das später von etlichen innerparteilichen Richtungen beklagte »Theoriedefizit« entstehen ließ. Die Anstöße zur Behebung dieses Defizits kamen von außerhalb. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre trugen im Wesentlichen die Studentenbewegung und die sich aus ihr formierende Neue Linke dazu bei, dass Probleme der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Machtkonzentration und der Verkrustung im staatlichen Herrschaftsapparat sowie der Ruf nach politisch-soziologischer Fundamentaldemokratisierung wachsende öffentliche Resonanz fanden. Sieht man von extremen Zuspitzungen ab, die sich in einer radikalen Ablehnung der geistig-institutionellen Bedin-

gungen und Ausprägungen westlicher Demokratiesysteme festliefen, so ist doch nicht zu verkennen, dass es nicht zuletzt die politischen Innovationschübe aus der linken akademischen Szene waren, die jenes reformgünstige Klima vorbereiteten, an das die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung 1969 – nach der knapp drei Jahre währenden Zwischenphase der Großen Koalition – anknüpfen konnte. Im sozialliberalen Bündnis, zunächst unter Willy Brandt, ab 1974 unter Helmut Schmidt, gelangen der SPD eindrucksvolle Realisierungen der Wert- und Zielvorgaben, die sie 1959 grundsatzprogrammatisch verankert hatte. Neben der auf Entspannung der Blöcke zielenden Deutschland- und Ostpolitik hatten die vielfältigen Gesetzgebungsinitiativen in der Justiz-, Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs-, Regional- und Umweltpolitik zur Folge, dass das Gemeinwesen Bundesrepublik an innerer Freiheitlichkeit, Toleranz, Aufgeschlossenheit und friedenspolitischer Glaubwürdigkeit, vor allem aber auch, etwa hinsichtlich der Verantwortung für Unterprivilegierte und Minderheiten, an solidarischer Qualität gewann.

Zu diesen unbestreitbaren Erfolgen und gesellschaftspolitischen Fortschritten standen die linken Akzente der innerparteilichen Theoriedebatte, die 1969 – ungefähr zeitgleich mit der sozialdemokratischen Regierungsübernahme – von den Jungsozialisten ausgelöst wurde und während der siebziger Jahre heftige organisationsinterne Konflikte bis hin zur akuten Spaltungsgefahr heraufbeschwor, in eigentümlichem Gegensatz. Dass die prinzipielle Kritik am »System« ausgerechnet in einer Periode einsetzte und sich entfaltete, als dieses System seine Fähigkeit zur Wandlung, Öffnung und Reform nachdrücklich unter Beweis stellte, bleibt ebenso ein Phänomen wie die Tatsache, dass sich die jungsozialistische Argumentation – wir lassen hier die Fraktionskämpfe zwischen Bundesvorstand, Stamokap und Antirevisionisten außer Betracht – am Marxismus orientierte, einem ideenpolitisch-gesellschaftskritischen Instrumentarium also, das man lange weithin wegen seiner schematistisch-verkürzten Denk- und Problematisierungsansätze, der zahlreichen Fehlprognosen und negativen historischen Umsetzungsergebnisse für überwunden gehalten hatte. Bis 1973 konnte sich die sozialdemokratische Jugendorganisation beträchtliche Einflussmöglichkeiten in der Gesamtpartei verschaffen. Diese schwanden hernach, je mehr sich die Jungsozialisten in einer begrifflichen und sprachlichen Esoterik verloren und je deutlicher sich herausstellte, wie dürftig die Verwendbarkeit der eigenen Thesen angesichts der politischen Praxiserfordernisse war und wie weit sich die radikalen Emanzipations-

und Demokratisierungsutopismen von den tatsächlichen Problemen einer modernen industriellen Demokratie entfernten.

Immerhin jedoch bleibt es das Verdienst der Jungsozialisten, die Grundsatzdebatte in der SPD wiederbelebt und generell die Einsicht in die Notwendigkeit theoretischer Vorarbeit zur Lösung dringender politischer Zukunftsaufgaben gefördert zu haben. Das gestärkte Theoriebewusstsein der Sozialdemokratie im Ganzen demonstrierte besonders eindringlich der auf dem Mannheimer Parteitag von 1975 verabschiedete »Ökonomisch-politische Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985«. Mit diesem Dokument, das als »Zwischenstück zwischen Tagespolitik und Grundsatzprogramm« (Willy Brandt) aufgefasst wurde, versuchte die SPD als erste und bislang einzige deutsche Partei, sich über mittelfristig im nationalen und globalen Maßstab bedeutsame Probleme und Handlungsmaximen für Wirtschaft und Politik klar zu werden (vgl. den Abdruck in der 2. Auflage dieser Publikation von 1984). Der Orientierungsrahmen '85 widmete sich sechs Schwerpunktbereichen, darunter Modernisierung der Wirtschaft als Grundlage langfristiger Arbeitsplatzsicherung, Humanisierung der Arbeitswelt, Reform des Gesundheitswesens und Gleichstellung der Frauen. Als wohl herausragendste Ergebnisse der theoretisch-politischen Bemühung von Mannheim sind die Kritik des herkömmlichen Leistungsbegriffs, die pointierte Feststellung der weltwirtschaftlichen Interdependenzen und des wechselseitigen Bedingungsverhältnisses von qualifiziertem Wirtschaftswachstum und erfolgreicher Reformpolitik, die Bejahung der gewachsenen Verantwortung des Staates für die Bewältigung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme und der Appell zur Intensivierung sozialdemokratischer Vertrauensarbeit in der Bevölkerung anzusehen. Neben seiner sachpolitischen Wegweisungsaufgabe erfüllte der Orientierungsrahmen '85 zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung eine wichtige innerparteiliche Integrationsfunktion. In den folgenden Jahren hat er freilich nicht die prägende und verpflichtende Wirkung erlangt, die ihm eigentlich zgedacht war. Einen Grund für das mangelnde Echo wird man gewiss in der komplizierten, fachwissenschaftlichen Diktion, in der das Dokument über weiteste Strecken gehalten ist, finden können. Dieses Manko hat auch die 1976 vorgelegte populäre »Einführung« nicht ausgeglichen. Gravierender dürften indes die weiteren Änderungen der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmendaten und die rasch fortschreitende Verlagerung in der politischen Schwerpunktthematik sein. Jedenfalls kommt seit Ende der siebziger Jahre den umwelt- und friedenspolitischen Problemen eine Bedeutung zu, die im Orientierungsrahmen '85 nur erst in Umrissen auf-

schien. Im Spannungsfeld zwischen ökologischer Alternativszene, Friedensbewegung und Neokonservatismus, zwischen industriegesellschaftlicher Realität und Herausforderungen des aufziehenden postindustriellen Zeitalters musste die Sozialdemokratische Partei, die sich seit Herbst 1982 in bundespolitischer Opposition befindet, ihren Standort neu definieren.

\*

»Ein Programm ist soviel wert wie die Diskussion, die dahin geführt hat«, schrieb Erhard Eppler im Januar 1985 bei der Vorlage eines ersten Fragenkatalogs der im Mai 1984 gebildeten Programmkommission, um nach vorbereitenden Sitzungen dieses Gremiums die fünfjährige Debatte über die Ausgestaltung eines neuen Grundsatzprogramms innerhalb der SPD zu eröffnen. In der Tat hat es nie zuvor einen Diskussionsprozess solchen Ausmaßes über ein sozialdemokratisches Parteiprogramm gegeben. Dabei ging es nach der »Wende« des Jahres 1982 und dem Verlust der Regierungsmacht im Bund nicht nur um Selbstverständigung, um Wiedergewinnung von Selbstbewusstsein einer teilweise desorientierten Partei, um den Versuch, erneut Tritt zu fassen und die eigenen Reihen zu schließen, sondern gleichermaßen um die Wiedererlangung politischer Sachkompetenz zur Meisterung der immer komplizierteren Probleme in allen Lebensbereichen bis über die Jahrhundertwende hinaus. Diese Diskussion wurde bewusst nicht nur in den eigenen Reihen, und zwar auf allen Ebenen, geführt, sondern durch eine ganze Anzahl sog. Werkstattgespräche in und mit der Öffentlichkeit.

Zwei Programmkommissionen (1984-87 und 1987-89) mit zahlreichen Arbeitsgruppen- und Plenarsitzungen sowie einer ganzen Reihe von Klausurtagungen legten der Partei zwei ausgefeilte – manchem allzu detaillierte und umfangreiche – Programmentwürfe vor. Dies waren einmal der sog. Irseer Entwurf vom Juli 1986, der vom Nürnberger Parteitag zwei Monate später als Grundlage für die weitere Diskussion innerhalb und außerhalb der SPD akzeptiert wurde, sowie schließlich der endgültige Programmentwurf der zweiten Programmkommission vom März 1989. Das zu seiner Erörterung in den Parteigliederungen vorgesehene halbe Jahr wurde von dem einen oder anderen immer noch als viel zu kurz empfunden. Und zu guter Letzt drohten die Demokratisierungsprozesse in der DDR und in Ostmittel- und Südosteuropa den Programm-Fahrplan noch völlig durcheinander zu bringen, so dass die Antragskommission kurzfristig überlegte, ob der Programmparteitag nicht auf das Jahr 1991 verlegt werden solle,

um die Auswirkungen dieser noch nicht abgeschlossenen Umwälzungen auf das eigene Selbstverständnis noch einmal zu überdenken. Schließlich begnügte man sich aber für diese Problematik – nach einer demonstrativen Verlegung des Parteitages von Bremen nach Berlin – mit der Verabschiedung einer Berliner Erklärung zur Deutschlandpolitik und fasste die entsprechenden Passagen des Programmentwurfs, nun wieder wie in Godesberg in unmissverständlicher Bejahung des Ziels der deutschen Einheit, völlig neu. Nach zahlreichen weiteren Änderungen des Entwurfs und Kompromisslösungen im Bereich der Wirtschaftsdemokratie, beim Plebiszit und beim Schwangerschaftsabbruch wurde schließlich das neue Berliner Grundsatzprogramm der SPD am 20. Dezember 1989 vom Parteitag verabschiedet.

Das Berliner Programm bedeutet keinen abrupten Bruch mit Godesberg, sondern – unter Berücksichtigung neuer Probleme, die 30 Jahre zuvor noch nicht (so) existiert hatten oder doch erst in den 70er und 80er Jahren ins Blickfeld der Sozialdemokratie gerückt waren – eine qualitative Fortschreibung und als deren Folge eine gewisse Umwertung bisheriger Forderungen. Bekräftigt wurden wesentliche Grundaussagen des Godesberger Programms: einmal die Selbstinterpretation der SPD als reformorientierte, verfassungs- und staatsbejahende linke Volkspartei, deren Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität je nach geistiger Herkunft unterschiedlich abgeleitet sein können; sodann die Einsicht, dass der Demokratische Sozialismus, der im Interesse des Gemeinwohls auf die sozial gebändigten Kräfte des Marktes und nicht auf planwirtschaftliche Steuerung setzt, eine ständige, nie zu vollendende Aufgabe ist.

Neue Akzente und Perspektiven, ja, ein neues Paradigma, bietet das Berliner Programm vor allem mit der Herausstellung eines neuen, nicht mehr bloß quantitativ auf Wirtschaftswachstum, sondern qualitativ auf ökologische Erneuerung als Prinzip ökonomischen Handelns und auf Verbesserung der Lebensqualität ausgerichteten Fortschrittsbegriffs, der technische Entwicklung nicht als Produkt von Sachzwängen, als autonomen Prozess, fasst, sondern als Ergebnis gesellschaftlich-politischer Willensbildung und Entscheidung unter breiter Beteiligung der Bürger. Dass dieser Fortschritt nicht im nationalen Alleingang zu erreichen ist, sondern nur in globalem Maßstab, wird deutlich hervorgehoben. Nachdrücklich werden daher nicht nur die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft und das Ziel der Errichtung des Gesamteuropäischen Hauses betont, sondern auch eine ganz besondere Verbundenheit mit den Völkern der Dritten Welt: Entwicklungspolitik als übergreifende Aufgabe der Gesamtpoli-

tik. Frieden wird nicht mehr nur als Abwesenheit von Krieg verstanden, sondern umfasst darüber hinaus Zusammenarbeit aller Völker auf den Feldern von Ökonomie und Ökologie, Kultur- und Menschenrechten. Auch die Begriffe Kultur und Arbeit erfahren eine enorme Ausweitung: Über die bisherige Förderung der einzelnen Kulturgüter hinaus wird eine besondere »Kultur des Zusammenlebens«, die sich »in politischer Kultur, in der Fähigkeit, den notwendigen Grundkonsens mit notwendigem Streit zu verbinden«, bewährt und verdichtet, als übergeordnetes Ziel sozialdemokratischer Politik angestrebt. Und Arbeit wird nicht mehr nur als Erwerbsarbeit begriffen. Vielmehr wird der Erkenntnis Ausdruck verliehen, dass unser Leben darüber hinaus auch durch Familienarbeit, Hausarbeit, Eigenarbeit bestimmt wird. Die Sozialdemokratie fordert, dass jede Frau, jeder Mann sich gleichermaßen an allen Fronten der Arbeit beteiligen soll und außerdem durch Reduzierung des Arbeitstages auf sechs Stunden genügend Zeit zu ehrenamtlicher Tätigkeit und kultureller Teilhabe erhalten soll. Diese nicht nur rechtliche, sondern gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann zu verwirklichen ist ein ganz besonderes Anliegen des Berliner Programms.

Sozialdemokratische Programmatik nach dem Zweiten Weltkrieg musste sich bislang ausschließlich auf die SPD in der Bundesrepublik Deutschland beziehen, da die Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1946 durch die Vereinigung mit der KPD zur SED ihre Eigenständigkeit verlor – unter zum Teil erheblichem Druck seitens der Besatzungsmacht, teilweise aber auch nicht ohne eigene Illusionen über die Möglichkeiten einer Durchsetzung sozialdemokratischer Ideen in der neuen Einheitspartei. Erst im Prozess der Auflösung stalinistischer Strukturen in der DDR im Verlaufe des Jahres 1989, aber noch vor dem 9. November, also unter den Bedingungen der Illegalität, bildete sich am 7. Oktober 1989 wiederum eine »Sozialdemokratische Partei in der DDR«, die sich durch das Kürzel SDP bewusst von der SPD in der Bundesrepublik abheben wollte. Atemberaubend wie die politische Gesamtentwicklung in der DDR nach dem 9. November war auch die Entwicklung der dortigen Sozialdemokratie, die am sog. »Runden Tisch« mit den anderen Oppositionsgruppen und -parteien die demokratisch nicht legitimierte, weiterhin SED- bzw. PDS-geführte Regierung zunächst nur von außen zu kontrollieren, dann von innen mit zu bestimmen suchte und schließlich nach den Wahlen vom 18. März als Juniorpartner in die auf einer breiten Koalition beruhende Regierung de Maizière eintrat. In enger Abstimmung und Kooperation mit ihrer Schwesterpartei änderte sie Mitte Januar auf ihrer ersten Delegier-

tenkonferenz in Berlin programmatisch ihren Namen in Sozialdemokratische Partei Deutschlands um und bekannte sich zu dem Ziel der Erringung der deutschen Einheit. In ihrem Wirtschaftsprogramm verfolgte sie die Einführung einer demokratisch kontrollierten, ökologisch orientierten, sozialen Marktwirtschaft.

Bereits vier Monate nach ihrer Gründung gab sich die SPD auf ihrem ersten Parteitag in Leipzig am 25. Februar 1990 ein Grundsatzprogramm, das in der allgemeinen Ausrichtung dem Berliner Programm der bundesrepublikanischen Schwesterpartei ähnelt, aber in der konkreten Ausgestaltung von den spezifischen Problemen der DDR ausgeht und daher durchaus eine eigene Handschrift verrät. Die Verbundenheit mit den Demokratischen Sozialisten aller Welt wird bekundet, aber zugleich darauf verwiesen, dass die völlige Diskreditierung des Begriffes Sozialismus durch die SED in der DDR dort eine Bevorzugung des Begriffes Soziale Demokratie geraten erscheinen lasse. Das Programm weist Wege konkreter Problembewältigung für die DDR auf und gibt zugleich der Hoffnung Ausdruck, dass »bald« auf dem Wege über Währungsunion und Wirtschaftsverbund im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung ein neu vereinigtes Deutschland erreicht werde. Ausgehend von den Grundprinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und dem Grundwert des Friedens als deren Voraussetzung, erstrebt die SPD (DDR) »eine ökologisch orientierte, soziale Demokratie: eine Gesellschaft,

- die sich dynamisch entwickelt, Wohlstand schafft, die Qualität von Leben und Arbeit erhöht und zugleich sich möglichst gewaltfrei in den Kreislauf der Natur einfügt;
- die schöpferische Leistungen weckt und belohnt, dabei aber die Ungleichheit der Entwicklungschancen durch Förderung der Benachteiligten und die Bedürftigkeit durch gerechte Verteilung und solidarische Hilfe zu überwinden strebt;
- die alle Frauen und Männer zu gleichberechtigter, eigenverantwortlicher Mitwirkung in allen Lebensbereichen ermuntert und ihnen dafür durch die Mittel des Rechtsstaates Raum schafft.«

Ausdrücklich wird hervorgehoben, dass mit dieser Leitvorstellung nur eine Entwicklungsrichtung angegeben werde, nicht jedoch ein erdachter Zielpunkt der Geschichte. Denn: »Eine nicht mehr veränderungsbedürftige Gesellschaft wird es niemals geben.«

Dem Leipziger Programm war nur eine geringe Geltungsdauer beschieden: Am 27. September 1990, unmittelbar vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, vereinigten sich die SPD und die SPD (DDR)

und schufen damit nach Jahrzehnten wieder eine gesamtdeutsche Sozialdemokratische Partei, deren Grundsatzprogramm das Berliner Programm blieb/wurde. Da dieses Programm, das 1989 mitten im weltgeschichtlichen Umbruchsprozess verabschiedet worden war, innerhalb kurzer Zeit in wichtigen Fragen nicht mehr auf der Höhe der Zeit war, begann seit Mitte der 1990er Jahre zunächst zögerlich, dann auf breiter Basis eine neuerliche Programmdiskussion, die fokussiert wurde von der Grundwertekommission beim Parteivorstand. Die Kommission unterbreitete dem Parteitag in Leipzig 1998 eine Reihe von Vorschlägen zur Ergänzung und Korrektur des Berliner Programms, von denen allein die (hier fett gedruckten) Ergänzungen zum Kapitel II »Die Grundlagen unserer Politik« auf Antrag des Parteivorstandes vom Parteitag beschlossen wurden. In dieser »Leipziger Fassung« hat das Berliner Programm weiterhin Gültigkeit.

Seit 1999 ist eine Diskussion im Gange, die ein neues Grundsatzprogramm zum Ziel hat, um die rasante weltgeschichtliche Entwicklung des letzten Jahrzehnts in angemessener Weise zu berücksichtigen. Wie sehr das überkommene Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie dabei überformt oder verändert werden wird, ist derzeit noch nicht abzusehen. In jedem Fall sind eine Reihe von Grundfaktoren zu berücksichtigen, auf die die Sozialdemokratie in Theorie und praktischer Politik reagieren muss, u.a. die Veränderung des weltpolitischen Szenarios nach dem Zerfall der kommunistischen Systeme in Osteuropa und der Sowjetunion sowie der Auflösung des bipolaren Systems, die Wirkungen des 11. September 2001, die Einengung der finanziellen Möglichkeiten des Staates, nicht zuletzt die Folgen der Globalisierung und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Dass im künftigen Programm ein stärkeres Gewicht auf Eigenverantwortung des Individuums gelegt werden wird als in früheren Programmen, dürfte unumstritten sein. Der Streit dürfte sich im Wesentlichen um das Ausmaß dieser Umsteuerung drehen. Dabei gilt es festzuhalten, dass die SPD in ihrer über 150jährigen Geschichte sich zwar in vielfacher Weise neuen Herausforderungen gestellt und ihre Identität im Wandel und geradezu durch Wandel erhalten hat. Bei aller Anpassung im Konkreten hat sie aber stets ihre Grundorientierung und Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fest im Blick behalten. Daran wird sich wohl auch in Zukunft nichts ändern.